Donnerstag, den 9. Februar 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 34.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 15.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 45.— Mk., monatlich 15.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 1 Uhr.

Eine Programmrede Lloyd Georges.

Aus London wird gemeldet: Im britischen Unterhause gab Lloyd George gestern eine Erklärung über die allgemeine politische Lage. Er sagte u. a.:

Alle auf den Haager Konferenzen gefaßten Beschlüsse sind allgemeinen Charakters und sind im Kriege wirkungslos geblieben, dagegen wurden

in Washington

genaue Beschlüsse gefaßt, in denen strikte Zahlen für Kriegsschiffe, Geschütze und Besatzungen festgelegt wurden. Dies bedeutet für das britische Budget eine Ersparnis von Millionen Pfund Sterling. Was die Tätigkeit des

Obersten Rates

betrifft, so hat er die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt, die Dienstpflicht ist in Deutschland abgeschafft und Maßnahmen sind getroffen, die Frankreich sehr beträchtliche Summen an Reparationen gewährleisten. Diese Ergebnisse sind nicht im Verlaufe der ersten Konferenzen des Obersten Rates erzielt worden: man ist schrittweise vorgegangen, aber man hat ein großes Ergebnis erreicht, nämlich vorzubeugen, daß Konflikte nicht zu Kriegen ausarten.

Die Politik Englands Frankreich gegenüber

ist eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit im Interesse des Friedens. Freundschaft bedeutet nicht Unterordnung oder Gehorsam, sondern ehrliche Zusammenarbeit, wenn auch in der Frage der geeigneten Mittel nicht immer Uebereinstimmung besteht. Was die Frage des

Garantiepaktes

betrifft, so ist es notwendig, daß Frankreich fühlt, nicht isoliert zu sein. Nichts ist gefährlicher, als wenn eine tapfere Nation Furcht empfindet. Frankreich ist im Zeitraum eines Jahrhunderts dreimal verwüstet worden. Das rechtfertigt eine Besorgnis. Wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß England ihm, falls sich die Ereignisse von 1914, 1870 und 1814 ohne Herausforderung von seiner Seite wiederholen sollten, mit seiner gesamten Macht beisteht, so wird diese Sicherheit Frankreich Vertrauen einflößen. Eine der

wirklichen Gefahren für Europa

vielleicht im gegenwärtigen Augenblick, vielleicht auch nicht während der nächsten 20 Jahre, aber vielleicht für die folgenden Generationen, besteht darin, daß die deutsche Jugend im Geiste der Revanche erzogen werden und heranwachsen könnte. ((Zurufe von Seiten der Arbeiterpartei: Und die französische Jugend ebenfalls!) Ich sagte, wenn die deutsche Jugend an dem Gedanken gewöhnt wird, die alte Macht, den früheren Einfluß und den ehemaligen Besitzstand des kaiserlichen Deutschlands wieder zu erlangen, die Steger für die Deutschland zugefügte Niederlage zu bestrafen und den deutschen Nationalstolz zu verteidigen, so liegt darin eine der größten Gefahren, denen das künftige Europa ausgesetzt ist. Wer Frieden will, muß nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die kommenden Jahre denken. Deutschland muß überzeugt werden, daß die kriegerische Politik ihm keinen Vorteil brachte, daß es in einem Rachekriege gegen Frankreich nicht nur Frankreich, sondern auch andere Nationen gegen sich hätte. Durch ein derartiges Verhalten wird dieses deutsche Gefühl schon im Entstehen ausgerottet werden. Die Deutschen werden lernen, daß eine Politik der Revanche für ihr Land tödlich sein würde.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund für den Garantiepakt. In Versailles haben wir die Verbindlichkeit übernommen, um einer

Politik der Ausdehnung Frankreichs bis zum Rhein

(einer Politik, die etwa eine Art Annexion von Gebietsteilen auf dem linken Rheinufer bezweckte, Widerstand zu leisten. Diese Verbindlichkeit war dazu bestimmt, Frankreich Sicherheit zu bieten. Wilson und Balfour haben die Garantie gegeben. Angesichts dieser Garantie hat Frankreich auf die erwähnte Politik Verzicht geleistet. Nunmehr handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenschuld. ((Beifall, Protestrufe.) Ich erinnere daran, daß das Unterhaus seinerzeit den Garantievertrag genehmigte unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten ihn ebenfalls ratifizierten. Wir werden dem Unterhaus ebenso wie damals Gelegenheit geben, den jetzt mit Frankreich geplanten Pakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen können, ob es ihn annehmen oder ablehnen wird.

Hierauf kam Lloyd George auf den Vorschlag zu sprechen, als Maßnahme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt

die Kriegsschulden zu streichen.

Er sagte: Großbritannien ist bereit, diese Frage zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle Gläubiger- und Schuldner-Nationen bereit sind, dasselbe zu tun. Aber es würde Unrecht sein, zu verlangen, daß Großbritannien allein auf die ihm geschuldeten Gelder verzichten solle.

Ueber die

ägyptische Frage

sagte Lloyd George: Für den Augenblick kann ich keine vollständige Erklärung geben, da die Regierung sich erst mit dem auf dem Wege nach London befindlichen Marschall Allenby beraten muß. Wie auch die Lösung aussehen mag, die gefunden wird, zwei Tatsachen von grundlegender Bedeutung müssen im Auge behalten werden. Aegypten bildet eine Art Korridor, der die östlichen und westlichen Teile des britischen Reiches trennt bezw. verbindet. Aegypten sah während des Krieges über eine Million Soldaten aus Australien, Neuseeland und Britisch-Indien vorüberziehen. Wäre Aegypten damals unabhängig und frei von jeder Kontrolle durch Großbritannien gewesen, so hätten wir beträchtlich schwächer dagestanden. Ferner muß man an die Sicherheit denken, die das britische Protektorat bietet. Angehörige aller Nationen legten ihr Kapital in Aegypten an und verwendeten ihre Arbeit und ihr Leben darauf, das Land zu erschließen. Dieser Umstand legt Großbritannien Verantwortlichkeiten für die Zukunft auf.

Die Deutsche Volkspartei und die Ernennung Rathenaus.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bekanntlich sofort nach dem Bekanntwerden der Ernennung Rathenaus zum Außenminister durch den Reichskanzler noch an demselben Abend zu diesem Bruch der Zugeständnisse des Reichskanzlers anläßlich des Zustandekommens des Steuerkompromisses Stellung genommen. Das Ergebnis dieser Stellungnahme der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist ebenso, wie die Begründung dieser Entschließung, hinlänglich bekannt. Wesentlich unterstrichen wurde in diesen Tagen diese Stellungnahme der Deutschen Volkspartei noch durch die Veröffentlichung des „Demokratischen Zeitungsdienstes", daß die dementsprechende Mitteilung des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Hessen an die demokratische Fraktion von dieser als eine offizielle Aufkündigung des Steuerkompromisses von volksparteilicher Seite aufgefaßt worden sei und aufgefaßt werden müßte. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei dem staatlichen Verantwortungsgefühl, das Allgemeingut aller volksparteilichen Korporationen ist, diese Aufkündigung des Mittragens der vollen und ganzen Verantwortung bei dem sogenannten Steuerkompromiß die volksparteiliche Reichstagsfraktion nicht von der Verpflichtung enthebt, bei den Steuerverhandlungen, die nun kommen und kommen müssen, von Fall zu Fall nach wie vor nach ihrem volksparteilichen Sinne die Rechte des Volkes im allgemeinen wahrzunehmen, jeden Versuch zu machen, daß die deutsche Wirtschaft nicht ganz von der sozialdemokratischen Utopienwirtschaft verschlungen wird.

Es ist ein eigenartiges Mißgeschick, daß in dem neudeutschen Regiment seit 1918 sich solche gewissermaßen stark sensationellen Entschließungen der jeweiligen Regierung immer ereignen, wenn außerordentliche Wirtschaftsexplosionen in diesem neuen Deutschland die Aufmerksamkeit aller gefangen nehmen und eine sehr notwendige Diskussion dazu um Zug wenn nicht ausschließen, so doch stark beeinträchtigen. So war es — natürlich nur zufälliger Weise — auch hier bei der Ernennung Rathenaus zum Außenminister der Fall. Der allgemeine Eisenbahnbeamtenstreik in Verbindung mit dem Streik der Berliner städtischen Arbeiter lag wie ein schwerer Alpdruck auf dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft und ließ diese Frage zuvörderst einmal etwas in den Hintergrund treten. In aller Stille hat Dr. Josef Wirth seinen Rathenau in das Auswärtige Amt eingeführt und trotz aller Wirren und Unheiligkeiten des Eisenbahnbeamtenstreiks und der übrigen üblen Begleiterscheinungen noch Zeit und Muße gefunden, bei dieser Gelegenheit einige seiner bekannten Gemeinplätze an die Adresse der Deutschen Volkspartei an den Mann zu bringen. Jetzt fühlt sich die „Frankfurter Zeitung", das linksradikalste Organ der bürgerlichen Demokratie, veranlaßt, in einem spaltenlangen Artikel „Fraktionspolitik der Deutschen Volkspartei" wegen Rathenau sich an der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu reiben. In ähnlicher Weise versucht dies der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Senator Dr. Petersen, in einem längeren Artikel des „Hamburger Fremdenblattes".

Die ganz selbstverständliche Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu diesem neuesten Falle Wirth—Rathenau ist übrigens so klar bereits präzisiert worden, daß wir es eigentlich trotz der von uns abweichenden Ansicht der Frankfurterin gar nicht nötig hätten, vor unseren Parteifreunden uns noch einmal mit dieser Angelegenheit in ihrem jetzigen Stadium zu beschäftigen. Indessen einige kühne Behauptungen der Wirth-Frankfurtin durch Dick und Dünne in Frankfurt a. M. wollen wir doch nicht ganz unwidersprochen in das Land ziehen lassen. Wenn mit einer stark aufgetragenen hämischen Anzüglichkeit die „Frankfurter Zeitung" sagt, „Rathenau sei allerdings niemals Legationsrat und nicht einmal Regierungsreferendar gewesen, aber das deutsche Volk mit Ausnahme einiger bornierter Parteifanatiker wird finden, daß er in London und Cannes ein ausreichendes Diplomatenexamen bestanden habe", so hat, mit Verlaub gesagt, mit dieser Rathenau-Empfehlung das Blatt doch etwas vorbeigeschossen. Die Deutsche Volkspartei hat nie der Parteiborniertheit gefröhnt, etwa nur einen Legationsrat oder mindestens Regierungsreferendar für die Garantie einer mehr sachlichen und mehr fachlichen Verwaltung der deutschen Diplomatengeschäfte anzusprechen, sie muß es aber ganz entschieden bestreiten, daß Rathenau

Der Eisenbahnerbeamtenstreik

ist theoretisch beendet. Gestern verkehrten indeß noch keine regulären Züge, da selbstverständlich die Einspielung des Betriebes einige Zeit erfordert. Der Betrieb soll indessen heute regulär, wie uns mitgeteilt wird, aufgenommen werden. Von gestern 12 Uhr mittags liest folgender

Lagebericht aus Essen

vor.

Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk hat sich weiter gebessert. Die Zahl der gefahrenen Züge, namentlich Milch- und Kohlenzüge, ist wiederum erheblich gestiegen. Die bereits durch die Tageszeitungen bekanntgewordene Mitteilung, daß die Reichsgewerkschaft den Streik als beendet erklären wird, wird durch ein Telegramm des Reichsverkehrsministeriums an die Eisenbahndirektionen bestätigt. Bisher ist die Wiederaufnahme der Arbeit nur in geringem Umfange bekannt geworden.

Sprengung einer Berliner Betriebsräte-Versammlung.

Die Großberliner Betriebsräteversammlung wurde am Dienstag, nachdem die für Montag angesetzte Sitzung wegen zu geringer Beteiligung hatte vertagt werden müssen, abgehalten. Das Referat über die Stellung der Betriebsräte zum Eisenbahnerstreik und zum Streik der Berliner städtischen Gemeindearbeiter erstattete der Unabhängige Barth. Seine Ausführungen wurden durch wüste Zwischenrufe unterbrochen, so daß er zum Teil unverständlich blieb. Inzwischen hatte sich auf den Straßen, dem Hof und der Treppe des Gewerkschaftshauses eine tausendköpfige Menschenmenge angesammelt, die gegen Barth eine drohende Haltung einnahm, so daß er mit Mühe Mißhandlungen entging.

Unerhörter Mißbrauch des Streiks.

In welch unverantwortlicher Weise sich die Führer der vielfach mißleiteten Schichten unserer arbeitenden Bevölkerung des Streiks zur Verfolgung eigennütziger Zwecke bedienen, lehrt folgender Fall:

Während eines kürzlich im Kolonialwaren-Großhandel beendeten Streiks der Transportarbeiter, an dem sich aber merkwürdigerweise die Arbeiter der Konsumvereine nicht beteiligten, versuchte eine Kleinhandelsfirma, die notwendigen Waren mit einem eigenen Lastkraftwagen heranzuschaffen. Hieran wurde sie durch Streikposten, die den Lagereingang der Warengroßhandlung bewachten, gehindert, wobei ihr jedoch während der längeren Verhandlung bedeutet wurde, zu einem der mit Namen bezeichneten Konsumvereine zu fahren, der ihr die gewünschte Ware anstandslos und in beliebiger Menge aushändigen würde. Dabei wurde dem Kleinhändler ferner bedeutet, daß der übrige Großhandel schon einlenken werde, wenn den kleineren Firmen das Geschäft durch den Streik unterbunden würde, und sie sich von nun an die Waren bei den Konsumvereinen verschaffen müßten. Ein während der Streiktage zudem erschienener Handzettel endigte mit der Aufforderung, nur bei den nicht bestreikten Stellen einzukaufen und in den Konsumverein einzutreten.

Diese unvorsichtigen Aeußerungen beweisen unzweifelhaft, daß der Streik nur mit der Absicht vom Zaun gebrochen wurde, die Privatgeschäfte zu schädigen und die Kunden den sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften zuzutreiben. Sie beweisen weiter, wie notwendig es ist, daß das Streikrecht endlich durch gesetzliche Maßnahmen energisch beschränkt wird, wenn wir nicht in noch unhaltbarere Zustände hineingeraten wollen

Die Schleier lüften sich.

Der in den letzten Tagen sich immer mehr und mehr bemerkbar machende kommunistische Unterton bei der Eisenbahnerbewegung findet jetzt seine Erklärung. Nach einer Drahtung der Dena, hält sich trotz aller Abstreitungen der russische Bolschewistenführer Radek wieder in Berlin auf, und zwar unter dem Namen Karl Römer, bei seinen Verwandten in einem Berliner Vorort. Auch der Präsident der Sowjet-Ukraine Rakowski hält sich zur Zeit in Berlin auf und hat in einem Hotel im Berliner Tiergartenviertel Wohnung genommen. Die Schleier lüften sich!

Sozialistische Regiererei.

In Braunschweig ist am Dienstag der neugewählte braunschweigische Landtag zusammengetreten. Es geht nun um die Neubildung der Regierung. Die sozialistische Presse aller Schattierungen vertritt den Standpunkt, daß auch nach den erfolgten Wahlen an der rein sozialistischen Regierung in Braunschweig festgehalten werden müsse, da ja die Sozialisten mit Einschluß zweier Kommunisten über eine Zwei-Stimmen-Mehrheit im braunschweigischen Landtage verfügen. Kein Politiker, der die rücksichtslose Zielsicherheit der sozialistischen Taktik aller sozialistischen Spielarten kennt, wird sich über diesen Weg, der sicherlich eingeschlagen werden wird, wundern. Im entscheidenden Kampfe gegen den Bourgeois ist eben der Kommunist ein Bruder der Mehrheitssozialisten, aus demselben Holze geschnitzt, wie er selbst. Ueber diese Selbstverständlichkeit hinaus hat aber die Mehrheitssozialdemokratie so ihren eigenen Aerger mit dieser braunschweigischen Regierungsangelegenheit, einen Aerger, der für alle nicht sozialdemokratischen Kreise nicht ohne Interesse ist. Braunschweig verfügte bekanntlich über den famosen Ministerpräsidenten Sepp Oerter aus dem Lager der Unabhängigen, der sein hohes Amt als Ministerpräsident mit einem Cynismus sondergleichen nicht besser auszunützen verstand, als daß er mit Erfolg in „Bestechungen" und „Erpressungen" machte. Diese verdienstvolle Tätigkeit ahndete das Braunschweiger Oberlandesgericht mit 4 Monaten Gefängnis. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen nun „zur Wahrung ihres Gesichtes als Regierungspartei" von ihrem unabhängigen Bruder, daß er unter diesen Umständen auf eine Ministerkandidatur Sepp Oerters verzichten solle. Bruder Unabhängig scheint aber diesem sicher nur vom Bourgeois entlehnten Philistersinn der Mehrheitssozialdemokratie kein Verständnis entgegenzubringen. Es scheint so, als wenn die Unabhängigen Braunschweigs vor aller Welt der Meinung Ausdruck geben wollen, daß einer in einer üblen Bestechungsaffäre mit vier Monaten Gefängnis bestrafter Ministerpräsident auch ruhig wieder Minister werden könne. Die mehrheitssozialdemokratische Entrüstung über diesen Fall wird in den mehrheitssozialdemokratischen Blättern in folgenden köstlichen Satz gegossen: „Wenn sich die Unabhängigen nicht in unverständlicher Weise auf eine Ministerkandidatur Oerter versteifen sollten, erscheint die Wiederkehr einer rein sozialistischen Regierung nicht gefährdet." Dieser Disput über die Verschiedenheit der moralischen Begriffe unter den sozialistischen Spielarten dieser Tage ist allerliebst. Wir meinen allerdings, so wie wir die Sozialdemokratie und ihre Moralbegriffe bewerten, werden letzten Endes die „Lumpigen" 4 Monate Gefängnis Sepp Oerters kein durchschlagender Hinderungsgrund sein für die Herstellung einer sozialistischen Einheitsfront in Braunschweig — zur Bekämpfung und Ertötung des „korrupten" Bürgertums.

Der Fall Gronowski.

a. **Münster**, 8. Febr. Die Landwirtschaft gegen Gronowski als Oberpräsident. Vor einigen Tagen hat sich der landwirtschaftliche Kreisverein in Lüdinghausen gegen die eventuelle Berufung des Arbeitersekretärs Gronowski zum Oberpräsidenten von Westfalen gewandt. Jetzt hat auch der Landbund des Kreises Bielefeld in einer Eingabe an die Staatsregierung erklärt, daß er mit der Ernennung eines Gewerkschaftssekretärs zum Oberpräsidenten von Westfalen nicht zufrieden sei.

Rückwirkende Kraft der Umsatzsteuer.

Wie uns die Handelskammer Essen mitteilt, ist bei der neuen Regelung der Umsatzsteuer mit der Maßnahme zu rechnen, daß die erhöhte Umsatzsteuer mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar Gesetz wird. Da es nicht zulässig ist, die Umsatzsteuer als besonderen Posten in Rechnung zu stellen, ist es notwendig, den Satz von 2 Prozent in den Preis der Ware hineinzukalkulieren, damit der Händler nicht durch die rückwirkende Kraft geschädigt wird. Für die Exportgeschäfte werden voraussichtlich, wie bei der Einführung des alten Umsatzsteuergesetzes, Uebergangsbestimmungen Platz greifen.

Kein Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Das Magdeburger Oberpräsidium teilt mit: Die im ganzen Reich verbreitete Nachricht, daß im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ein Bergarbeiterstreik stündlich ausbrechen könne, entbehrt jeder Grundlage; ebenso unwahr ist, daß in Sachsen ein kommunistischer Aufruhr zu befürchten sei.

in London und Cannes „sein Diplomatenexamen" bestanden habe. Diese Ansicht hat wirklich nur ein kleiner Kreis unentwegter Wirth-Anhänger, ein so kleiner Kreis innerhalb der politischen Welt Deutschlands, daß er sich nicht einmal mit der Zentrumspartei deckt, sondern seine Hauptanhängerschaft lediglich im sozialdemokratischen Lager hat. Im übrigen würde die umfangreiche und wirklich recht umsichtig betriebene Wirth- und Rathenau-Reklame auf allen Gebieten nicht eine wesentliche Kenntnis der Feinheiten des Wiesbadener Abkommens, das der deutschen Wirtschaft noch manche harte Nuß zu knacken geben wird, im deutschen Volke hintenangehalten haben, so würde der Kreis derer um die Wirth-Rathenau-Politik im deutschen Volke noch viel kleiner sein, wie er heute tatsächlich ist. Das Wiesbadener Abkommen, dieses Geisteskind Rathenau—Loucheurs, ist eben ein solcher Schädling der deutschen Wiedergesundung, des deutschen Wiederaufbaues, wie die Hintertreibung Wirths der Mission Stinnes zu Gunsten Rathenaus.

Aber schließlich der Umstand, daß der Reichskanzler in Rathenau einen Mann zum Außenminister machte, der nach Anschauung der meisten maßgebenden deutschen Politiker, nicht etwa nur der der Deutschen Volkspartei, der denkbar ungeeignetste Mann als Außenminister in dieser kritischen Stunde ist, bildet nicht den Hauptkern der Entschließungen der Deutschen Volkspartei. Der Hauptkern ist die Tatsache, daß diese Ernennung Rathenaus zum Außenminister eine auf Umwegen durchgesetzte Verankerung des alten, verhängnisvollen Wirth-Kurses darstellt, desselben Wirth-Kurses, dessen beabsichtigter Abbau den Wesenskern der ganzen Verhandlungen um das Zustandekommen des Steuerkompromisses bildete. Die Forderung dieses Abbaues war nach den recht empfindlichen Schlägen, die die deutsche Politik des Reichskanzlers Dr. Josef Wirth nicht etwa mit, sondern seit der Unterschrift unter das Londoner Ultimatum empfangen, nicht eine Alleinforderung der Deutschen Volkspartei, es war eine Forderung aller nicht sozialdemokratisch orientierten, aller nicht sozialdemokratisch beeinflußten Parlamentarier, die dieses Steuerkompromiß tätigen wollten. Gewiß, es war eine Hauptforderung der Deutschen Volkspartei, die Freunde und Befürworter dieser Forderung saßen aber ebensosehr nicht nur auf den Bänken der Demokratischen Fraktion, sondern auch auf den der Zentrumspartei selbst. Die eigenmächtige Ernennung Rathenaus durch den Reichskanzler stellt sich unter diesen Umständen als ein Bruch der gegebenen Garantien des Reichskanzlers gegenüber diesen Forderungen dar, ein Bruch, der das bei der Volkspartei von vornherein bestandene Mißtrauen verstärken mußte, der Reichskanzler werde es mit den gegebenen Garantien in allen seinen Teilen nicht ernst nehmen. Unsere übrige Anschauung über Herrn Rathenau ist bekannt, wir haben keine Veranlassung, sie noch einmal zu wiederholen. Die Stellungnahme der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Fall Wirth—Rathenau war die einzig gegebene. An diesen klar einleuchtenden Tatsachen kann keine gefügige Wirth-Reklame etwas ändern, auch dann nicht, wenn sie in der „Frankfurter Zeitung" und im „Hamburger Fremdenblatt" steht. R—r.

Ein deutsches Wiederaufbauwerk in Frankreich.

In der französischen Kammer machte der Abgeordnete Philoppocaux Mitteilung, daß ein ganzes Stadtviertel von Mezieres, einem Städtchen in den Ardennen, durch deutsche Arbeiter und Techniker bereits aufgebaut worden ist. Die Gemeinde hatte von der Stadt Manchester als Beihilfe zum Wiederaufbau eine Summe von 3,6 Millionen erhalten, und der energische Bürgermeister setzte sich sofort mit einigen deutschen Baufirmen in Verbindung. Es wurde die Lieferung einer größeren Anzahl von Häusern in billiger Bauweise vereinbart. Die Errichtung erfolgte zum größten Teil durch deutsche Monteure und Arbeiter und, wie selbst der gewiß nicht deutschfreundliche „Intransigeant" anerkennen muß, ohne den geringsten Zwischenfall und in völliger Korrektheit. Die Ausführung sei so rasch und sauber erfolgt, „wie in einem Märchen".

Aus der französischen Kammer.

Poincare über das Dienstzeitgesetz. — Loucheur über den Wiederaufbau.

Paris, 8. Febr. Die vereinigten Kammerausschüsse der Finanzen und des Heeres beschäftigten sich gestern nachmittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Finanz- und des Kriegsministers mit dem Militärdienstpflichtgesetz.

Poincare

sprach namens der Regierung. Die Regierung sehe die 18monatige Dienstzeit nur als Etappe zur einjährigen Dienstpflicht an. Die Kredite für das Heer dürften nicht erhöht werden, damit die Ausgaben nicht als Beweis des Imperialismus bezeichnet werden können. **Wir sind gezwungenermaßen, sagte Poincare, Militärmacht, solange Deutschland noch nicht wirklich entwaffnet ist!** Aber wir sind keine militärische Macht und vergeuden kein unnützes Geld für das Heer. Wir dürfen auch nicht den Eindruck eines Landes erwecken, das seine Militärlasten erhöht. Die Kredite für 1923 dürfen nicht höher als die für 1922 sein.

Die Ausschüsse erklärten sich mit den Ausführungen Poincares einverstanden. Eine Diskussion des Gesetzes soll baldigst im Parlament erfolgen, dem das Recht zugestanden wird, es mit einem Amendement zu versuchen.

Auf Anfrage erklärte Poincare, Frankreich muß in der Lage sein, sich Respekt zu verschaffen, damit es sicher ist, respektiert zu werden. Nach dem „Petit Parisien" sagte er ferner, er habe **weder den Wunsch noch die Absicht, seine Zuflucht zu Sanktionen zu nehmen, aber es dürfte nicht vergessen werden, daß gewisse Artikel des Friedensvertrages Frankreich dieses Recht zur Sicherstellung seiner Rechte und seiner Interessen zuerkennen.**

Paris, 8. Febr. In der gestrigen Kammersitzung verwahrte sich bei Beratung der Budgettitel, deren Rückerstattung Deutschland zufällt,

der Abg. Loucheur

gegen die Behauptung des sozialistischen Abgeordneten des Norddepartements, Enghels, die Industriellen des Norddepartements seien bei der Entschädigung bevorzugt worden. Er habe die den Industriellen gezahlten Summen um 5 Milliarden zu hoch angegeben. Die Schäden der Industrie nach dem Vorkriegswert hätten ungefähr 6½ Milliarden Franken betragen, das bedeute nach dem augenblicklichen Wert 24—25 Milliarden Franken. Bis 31. 12. 1921 hätten die Industriellen erhalten 11 Milliarden 1200 Millionen, also 45 Proz. ihrer Schäden. Auf die von ihnen garantierten Anleihen hätten sie erhalten 1800 Millionen. Nach Loucheur sind die Verluste der kleinen Geschädigten, die sich auf 2 Milliarden 900 Millionen Vorkriegswert belaufen, also 9400 Millionen des augenblicklichen Wertes am 31. 12. 1921, zu 50 Proz. nachgeprüft gewesen.

Der Minister für die befreiten Gebiete, Reibel, der den Ausführungen Loucheurs zustimmte, erklärte, sein

Hauptprogramm für den Wiederaufbau

bleibe dasselbe wie das seines Vorgängers. Die vom sozialistischen Abgeordneten Enghels verlangte Enquete lehne er ab. Die Ziffern bewiesen, daß alles getan worden sei. 250 000 Gebäude seien im Wiederaufbaugebiet zerstört und 422 000 beschädigt gewesen. Am 1. Januar 1921 seien 278 000 Häuser teils repariert, teils wieder aufgebaut gewesen, am 1. Januar 1922 335 979. 53 000 Kilometer Wege seien zerstört gewesen, 31 865 Kilometer seien davon wieder hergestellt. 1112 Kilometer schiffbaren Weges seien in Unordnung gebracht worden, davon seien am 1. Jan. 1922 1027 Kilometer wieder instand gesetzt gewesen. Von Fabriken, die mehr als 20 Personen beschäftigten, seien 4084 zerstört gewesen. Bis 1. Jan. 1921 habe man 3543, bis 1. Febr. 1922 3986 aufgebaut. 80 Proz. der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Sie beschäftigten 423 824 Arbeiter. Das bebaute Land, das zerstört worden sei, betrage 3 127 000 Hektar, am 1. Jan. 1921 seien urbar gemacht gewesen 2 813 000 Hektar, am 1. Jan. 1922 2 800 000 Hektar. Das Gesamtgebiet der bereits am 1. Jan. 1922 bebauten Landfläche betrage 1½ Millionen Hektar. Das übersteige alles Lob.

Minister Reibel sagte, seine allgemeine Politik sei

die Politik des Abkommens von Wiesbaden.

Wenn man von Sachlieferungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, daß Deutschland nicht alles in Geld bezahlen könne, müsse man den Grundsatz der Naturallieferungen annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, daß keine Sachlieferungen erfolgen würden. Die jetzige Regierung werde die Annahme des Abkommens von den alliierten Regierungen verlangen. Es seien Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, denn man müsse bedenken, daß die deutschen Arbeiter weniger verdienten, und auch die Entwertung der Mark in Rechnung stellen.

Frankreich und Genua.

Der Berichterstatter der „Times" erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Poincarés Note an die britische und italienische Regierung über die Konferenz von Genua eine Zusammenkunft zwischen dem britischen, französischen und italienischen Vertreter vorschlägt, bevor die Konferenz von Genua stattfindet. Eine solche Präliminarkonferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen, um die alliierten Interessen gegen alle „Sabotageversuche von Seiten der russischen und deutschen Delegationen" zu schützen und im voraus eine gemeinsame Aktionslinie festzusetzen.

Wie „Petit Parisien" offiziös mitteilt, wies die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz von Genua darauf hin, daß die Finanzkonferenz, die der Völkerbund organisierte,

sechs Monate Vorbereitungen

erforderte. Die französische Regierung drücke daher die Befürchtung aus, die Konferenz müsse unfruchtbar bleiben, wenn so verwickelte ungeheure Probleme diesmal unvorbereitet in Angriff genommen würden.

Die Note rate deshalb an, die Konferenz von Genua um

wenigstens drei Monate zu verschieben

und diese Zeit dazu zu benutzen, die unerläßlichen Vorarbeiten zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keine der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag erhalten habe, angetastet werden, ebensowenig, wie die Friedensverträge, die die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien. Diese Bedenken müßten die Konferenz von Genua verhindern, die Reparationsfrage zu behandeln.

Schließlich soll in der Note gesagt sein, daß die alliierten Mächte das Recht zur Intervention haben müßten, wenn die Wiederherstellung einer militaristischen Monarchie in Deutschland oder Ungarn erfolge. Der letztgenannte Punkt interessiere besonders die kleine Entente.

Gaspari weiter Kardinalstaatssekretär.

Der Papst hat Kardinalstaatssekretär Gasparri in seinem Amt als Staatssekretär bestätigt, desgleichen die Prälaten, die unter Benedikt XV den päpstlichen Hof bildeten.

Soziales Leben.

Neue Heime der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime.

Ferienheime für Handel und Industrie.

Der Gesellschaft ist es möglich gewesen, 2 große Häuser anzukaufen. Im sächsischen Erzgebirge hat sie in dem aufblühenden Luftkurort Kipsdorf das Hotel Röder mit rund 90 Gastbetten erworben. In Mecklenburg ist das Kurhaus Müritzhöhe bei Waren am Müritz-See — dem größten deutschen Binnensee — mit rund 65 Betten in ihren Besitz übergegangen. Beide Häuser werden voraussichtlich im Mai in Betrieb genommen werden. Die Gesellschaft verfügt nunmehr über 23 Heime, die teils an der Ost- und Nordsee, teils im Mittel- und Hochgebirge, zum Teil auch in bekannten Badeorten liegen. Je ein Heim in Thüringen und im Harz haben Winterbetrieb. Das über eigene Thermalquelle verfügende Kur- und Badhaus „Kölnischer Hof" in Wiesbaden ist das ganze Jahr geöffnet. Die große Anzahl der Heime ermöglicht es jedem Mitglied der Gesellschaft, trotz der bevorstehenden außerordentlichen Erhöhung der Eisenbahntarife die Heime ohne allzu große Reisekosten aufzusuchen. Auskunft erteilt die Hauptgeschäftsstelle in Wiesbaden.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 8. Febr. Der Berliner Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, welche alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen verbietet.

TU. **Berlin**, 8. Febr. Das Reichspostministerium, Abteilung München, hat vom 8. Februar an für die Dauer des Eisenbahnerstreiks eine tägliche Postbeförderung mit Flugzeugen auf der Strecke Augsburg—München—Nürnberg—Fürth—Leipzig—Berlin eingerichtet.

TU. **Kuxhaven**, 8. Febr. Die Schiffahrt auf der Unterelbe ist durch Eis fast vollkommen lahmgelegt. Mehrere Dampfer liegen im Eise fest. Ein Eisbrecher und Schleppdampfer haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen.

TU. **Augsburg**, 8. Febr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein Raubmord in St. Georgen bei Diessen, am Ammersee, verübt. Der Oberamtsrichter a. D. Lübers, der dort seit 15 Jahren wohnte, und seine Haushälterin Hiller wurden in der Villa von Räubern überfallen und mit scharfen Instrumenten ermordet. Das Landhaus wurde zum Teil geplündert und an drei Stellen angesteckt, um die Spuren zu verwischen. Eine Reihe von Zimmern ist ausgebrannt.

Athen, 8. Febr. In Adrianopel fand gestern eine von mehr als 10 000 Personen besuchte Versammlung statt, die gegen jede Aenderung der gegenwärtigen Staatszugehörigkeit Thraziens zu Griechenland und gegen jede Verschiebung der im Vertrage von Sevres festgesetzten Grenzen Widerspruch erhob.

Tokio, 8. Febr. Der Finanzminister Shanghu hat demissioniert.

Kunst und Wissen.

Neues Operetten-Theater.

Ein Walzertraum.

Man konnte auch diesmal wieder amüsiert beobachten, wieviel das Gros unserer Operettenkomponisten aus dem „Walzertraum" gelernt und übernommen hat, wie an Originalität und Geschick Oskar Strauß die allermeisten gewaltig überragt. Ihre alte Schlagkraft bewies die Operette aufs neue, dank vor allem der an allen Ecken und Enden lebhaft aufgefrischten und originellen Inszenierung durch Hellmut Felsner, der seine Aufgabe außerordentlich geschickt erledigt hatte. Die ideenreichen, malerischen Bilder Warmbrunns waren weit mehr als gewohnte Durchschnittsware. Unter den Darstellern standen Rose Pahlen als vornehme, musikalisch geschmackvolle Prinzessin und Heinz Herkommer als gewandter, dialektsicherer Prinzgemahl obenan. Marie Leininger war mehr die kecke, burschikose Dirigentin, als ein verliebtes, treuherziges Wiener Madel. Hans Kaiser und Karl Santori verbanden sich mit Emma

Das Geheimnis des Schränkchens

Roman von Burton E. Stevenson.

47) (Nachdruck verboten.)

24.

Beim Dock angelangt, verabschiedete sich Godfrey von mir und eilte auf seine Redaktion, um seinen Artikel zu schreiben, der, wie ich mutmaßen konnte, mit dem Benehmen der Amerikaner und besonders dem Gradys sich auseinandersetzen würde. Mir hatte die Seeluft ungewöhnlich Appetit gemacht, und daher nahm ich eine Droschke und fuhr zu Murray, mit der Absicht, bei einem guten Essen den Abend zu verbringen. Außer in gewissen Stimmungen ist Murray nicht mein Geschmack: der pseudogriechische Tempel in einer Ecke, mit seinem Wasserfall über den Stufen, die gemalten Wolken an der Decke, die Glastafeln, die von unten her beleuchtet sind — alles das kommt mir im allgemeinen geschmacklos vor. Aber wenn ich in schwermütiger Stimmung bin, gehe ich ganz gern zu Murray und finde sogar etwas Malerisches und Romantisches an hellen Kleidern, schimmernden Schultern und hübschen Gesichtern in dieser seltsamen Umgebung. Und dann findet man natürlich immer eine Küche, die nichts zu wünschen übrig läßt.

An diesem Abend war ich in der richtigen Stimmung, um mich in diesem Lokal zu ergötzen. Mit Genuß verzehrte ich das Abendessen und verweilte dann so lange bei Kaffee und Zigaretten, daß es schon lange nach zehn Uhr war, als ich wieder die Zweiundvierzigste Straße betrat. Nach kurzer Ueberlegung beschloß ich, zu Fuß nach Hause zu gehen, und so wandte ich mich dem Broadway zu, der sich bereits mit Theaterpublikum zu füllen begann.

So oft ich ihn auch gesehen habe, der Broadway ist für mich nachts immer noch ein Wunder, mit seinen blitzenden Reklameschriften, seinen wogenden Menschenmengen, seinem lauten Straßenverkehr, seinen hellen Schaufenstern. Grady hatte Recht, wenn er sagte, daß das „fidele Paris" nichts Gleichartiges aufzuweisen hätte. Auch keine andere Stadt besitzt, soweit ich sie kenne, etwas Aehnliches. An jenem Abend schlenderte ich ungemein wohlgelaunt die Straße entlang und genoß den Anblick in vollen Zügen. Dann und wann blieb ich stehen, um ein Schaufenster zu besichtigen. Als ich den Madison Square erreichte, trat ich unter die Bäume hinaus, um das „Bügeleisen", das weiß gegen den Himmel stand, zu betrachten. Dann warf ich einen Blick auf den Metropolitan-Turm, der zwar höher, aber weit weniger malerisch ist, und erkannte auf der großen, illuminierten Uhr, daß es beinahe halb zwölf Uhr war.

Ich ging wieder über den Broadway zurück und bog in die Dreiundzwanzigste Straße in der Richtung nach dem „Marathon" ein, als ich gerade an der Ecke mit drei Männern zusammenstieß. Zu meiner Ueberraschung erkannte ich Grady und Simmonds, die Pigot in ihrer Mitte hatten. Offenbar hatte es Grady als seine besondere Pflicht betrachtet, sein Versprechen in der freigebigsten Weise zu erfüllen und die Wunder des „Großen Weißen Weges" von einem Ende bis zum anderen vorzuführen. Zu der Zeremonie hatte offenbar auch die Vorführung einer Reihe von typischen amerikanischen „Drinks" gehört. Das Ergebnis davon war daß der würdige Kommissar nicht mehr auf sehr festen Füßen stand. Ich verglich die Pigots damit aber sie machten einen in jeder Weise normalen Eindruck.

Als Simmonds mich erkannte, begrüßte er mich in einem Tone, der mir verriet, daß auch er den Wirkungen der Genüsse dieser Nacht nicht ganz entgangen war. Auch Grady nickte mir herablassend zu, woraus ich entnahm, daß er sich ungewöhnlich glücklich fühlte. Da Simmonds sah, daß ich in der gleichen Richtung ging, wie sie, blieb er etwas zurück und blieb an meiner Seite.

„Pigot ist zweifellos ein Wunder," sagte er. „Er will alles sehen und alles kosten. Er sagt, Paris könne an Newyork nicht heranreichen."

„Wo gehen Sie jetzt hin?" fragte ich.

„Auf die Polizeistation. Pigot sagt, er habe eine Ueberraschung für uns — es hängt mit dem Schränkchen zusammen."

„Mit dem Schränkchen?"

„Ja — mit dem Möbel, das mir Godfrey zum Einschließen in die Stahlzelle übergeben hat."

„Simmonds," sagte ich sehr ernst, „weiß Godfrey etwas davon?"

„Nein," antwortete Simmonds etwas verlegen. „Ich sagte Grady, wir sollten ihm telephonieren, damit er herkäme, aber der Chef wurde wild und sagte mir ich solle mich um meine eigenen Angelegenheiten kümmern. Sie stehen schon lange über Kreuz, wissen Sie!"

„Wie wärs, wenn ich ihm telephonieren würde?" schlug ich vor. „Dagegen kann nichts eingewendet werden, oder?"

„Ich habe nichts dagegen einzuwenden," sagte Simmonds, „und ich weiß auch nicht, wer es wollte, da ja niemand etwas davon erfahren wird."

„Ganz recht. Und ziehen Sie die Vorbereitungen solange als möglich hinaus, damit er noch beizeiten eintreffen kann."

Simmonds nickte.

„Ich werde tun, was ich kann," sagte er, „aber ich sehe nicht ein, was es nützen kann. Der Chef wird ihn nicht hereinlassen, auch wenn er kommt."

„Das werden wir Godfrey überlassen müssen. Aber man muß es ihm doch wenigstens mitteilen. Er ist verantwortlich für das Schränkchen an seinem jetzigen Aufbewahrungsort."

„Ich weiß es, und Pigot sagt, es sei ungemein klug gewesen, es da aufzubewahren, obschon ich keine Ahnung habe, warum. Benachrichtigen Sie also Godfrey und sagen Sie ihm, er möchte so schnell als irgend möglich kommen. Gute Nacht!" — Damit folgte er den anderen nach der Polizeistation.

An der Ecke befand sich eine Apotheke mit einer öffentlichen Telephonzelle. Zwei Minuten später verlangte ich eine Verbindung mit der Redaktion des „Record".

„Nein," sagte eine anmaßende Stimme, „Herr Godfrey sei nicht dort; er sei vor einiger Zeit weggegangen; nein, es sei ihm, dem Sprechenden, nicht bekannt, wo er hingegangen sei, noch wann er zurückkehren würde.

„Die Sache ist sehr wichtig," sagte ich. „Ich möchte mit dem Lokalredakteur sprechen — bitte verbinden Sie mich rasch!"

Einen Augenblick herrschte erstauntes Schweigen.

„Ihren Namen bitte," ersuchte dann die Stimme.

„Lester, von Royce und Lester — sagen Sie dem Lokalredakteur, daß Godfrey ein intimer Freund von mir ist."

Der Lokalredakteur schien zu verstehen, denn einen Augenblick später wurde ich mit ihm verbunden. Aber seine Auskunft lautete kaum beruhigender.

„Wir haben Godfrey nach Westchester hinausgeschickt, um einen Mann zu sprechen," sagte er, „auf einen ziemlich guten Wink hin, den wir bekamen. Er ist weggegangen, sobald er seinen Artikel über Pigot geschrieben hatte, und er muß jeden Augenblick zurückkehren. Kann ich etwas für ihn ausrichten?"

„Ja — sagen Sie ihm bitte, daß Pigot auf der Station der Dreiundzwanzigsten Straße ist und daß er sich sobald wie möglich dort hinbegeben solle."

„Ganz recht. Ich werde es ausrichten, sobald er kommt."

„Danke," sagte ich. — Ich war schwer enttäuscht.

Als ich wieder auf der Straße war, blieb ich zögernd an der Straßenkreuzung stehen und betrachtete nachdenklich das rote Licht der Polizeistation. Was war im Begriff, dort zu geschehen? Was hatte Pigot für eine Ueberraschung in Bereitschaft? Gab es irgend einen Vorwand für mich, dort einzutreten?

Und dann erinnerte ich mich an Gradys Nicken und unsichere Beine — erinnerte mich auch daran, daß er mich schlimmstenfalls an die Luft setzen würde — ging auf das Licht zu, machte die Türe auf und trat ein. Außer dem Wachtmeister am Schreibtisch war niemand anwesend.

„Mein Name ist Lester," sagte ich. „Sie haben ein Schränkchen hier, das zu der Vermögensmasse des verstorbenen Philipp Bantine gehört."

„Gewiß, wir haben ein Schränkchen in Verwahrung, aber ich weiß nicht, wem es gehört."

„Es gehört zum Vermögen des Herrn Bantine."

„Ja, und Sie wünschen?" fragte er, und blickte mich an, als sei ich betrunken. „Hoffentlich sind Sie nicht um Mitternacht hierhergekommen, um mir das zu sagen, oder?"

„Nein, aber ich möchte das Schränkchen rasch sehen."

„Sie können es heute nacht nicht sehen. Kommen Sie morgen wieder. Außerdem kenne ich Sie nicht."

„Hier ist meine Karte. Herr Simmonds und Herr Grady kennen mich beide. Und morgen ist es zu spät."

(Fortsetzung folgt.)

Volk zu einem ergötzlichen Karikaturentrio. Kapellmeister Kretschmar verfiel in dem Bestreben, die zweifellos dick aufgetragene Sentimentalität zu mildern, in den konträren Fehler des übertriebenen Eifers, nicht immer zum Besten des Gesanglichen. Der Besuch des Theaters ist wieder sehr lebhaft geworden, und mit dem intensiven, herzlichen Beifall konnten alle Mitwirkenden wohl zufrieden sein. Dr. Schwermann.

Seltene Männerchor-Aufführungen in Essen. Der Essener Männerchor 1860 (Sansoucci) veranstaltet am 18. und 19. Febr. in der Krüttenscheider Ausstellungshalle ein Konzert, das zwei Ausnahmewerke der Literatur für Männerchor zur Wiedergabe bringt: Richard Wagners „Liebesmahl der Apostel" und Nicodes Sinfonie-Ode „Das Meer". Das Liebesmahl der Apostel fordert in seinem äußerst schweren a capella-Satz eine Teilung in drei Chöre, außerdem später noch einen Sonderchor für die Apostel und die Stimmen aus der Höhe. Nicodes „Meer" entraltet neben den Klangmassen des Chors in den großen Naturbildern den ganzen Zauber des modernen Orchesters. Die musikalische Leitung liegt in den Händen Ferdinand Drosts, des 1. Kapellmeisters am Essener Stadttheater.

Goethe-Woche in Frankfurt a. M. Die von der Gesellschaft der Freunde des Goethe-Museums zum Besten des Goethe-Hauses geplante Goethe-Woche soll in Frankfurt vom 27. Februar bis 4 März stattfinden. Das Programm wird sich in seiner vielseitigen Ausgestaltung an alle Bevölkerungskreise wenden. Die Vorstellungen in den städtischen Theatern, in denen Gerhart Hauptmann, Thomas Mann und Fritz von Unruh vor den Aufführungen sprechen werden, beginnen am 27. Februar mit „Egmont". Ihm werden sich „Iphigenie" von Gluck, Mozarts „Zauberflöte" und „Tasso" anreihen. Der Reichspräsident und der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung haben ihr Erscheinen in Aussicht gestellt.

Kurze Nachrichten. Nach seiner Berliner Uraufführung wird Pfitzners jüngstes Werk, die romantische Kantate „Von deutscher Seele" während des 7. Essener Musikvereins-Konzerts unter Fiedlers Leitung am 12. Februar zur Wiedergabe kommen. — In Dortmund erwarb sich städt. Musikdirektor Wilhelm Sieden durch die Darbietung der „Verdammung Fausts" von Berlioz ein großes Verdienst. Mit dem Männerchor des Musikvereins hatte sich der Dortmunder Lehrergesangverein zu einem machtvollen Volkskörper verbunden, der die Partitur in den Volksszenen besonders lebendige Gestalt gab. — Die Essener Oper bereitet unter Kapellmeister Drosts musikalischer Leitung für die zweite Märzhälfte die Erstaufführung der „Gezeichneten" von Franz Schreker vor.

Vermischtes.

dv. Aus dem Wörterbuch der Diplomaten. Konferenzen, Besprechungen, Zusammenkünfte, Meinungsaustausche gehören heute zum Repertoire der europäischen Staatsmänner. Bald findet eine Besprechung statt, bald eine Konferenz, bald ein Meinungsaustausch, aber das Resultat ist immer dasselbe klägliche. Und doch bestehen feine Unterschiede zwischen allen diesen Benennungen, feine Unterschiede, die natürlich nicht jeder gewöhnliche Sterbliche, sondern nur ein Politiker hoher Schule begreifen kann. Ein französisches Blatt hat sich kürzlich bemüht, seine Leser in amüsanter Weise darüber aufzuklären. Es gibt folgende lustige Definitionen: Ein Meinungsaustausch bringt die verschiedenen Staatsmänner in ihren Ansichten näher. Eine politische Aussprache endet damit, daß beide Teile von einander sehr befriedigt auseinandergehen. Eine diplomatische Besprechung führt dazu, daß man hernach immer die höchsten Hoffnungen tragen kann. Eine Zusammenkunft läßt stets die glücklichsten Lösungen erwarten. Und endlich eine Konferenz? Ja, eine Konferenz bringt die endgültige Lösung, indem sie die von ihr hochbefriedigten Konferenzmitglieder zu einer nächsten Konferenz einladet.

dv. Eine Regierung, die gerne zahlt. Das tschechoslowakische Finanzministerium hat einem gewissen Prokop aus Petersburg eine Million Franken ausbezahlt, weil er behauptete, daß er in der Zeit des bolschewikischen Umsturzes auf die Revolutionsanleihe eine Million Rubel gezeichnet habe. Keiner der Mitglieder des ehemaligen tschechischen Nationalrates in Rußland konnte sich erinnern, wann und wo Prokop diesen Betrag erlegt habe; der bereits verstorbene Gesandte Cermak hat wiederholt erklärt, nichts von dieser bedeutenden Einzahlung zu wissen. Trotzdem hat man Prokop auf sein ehrliches Gesicht hin eine Million Franken angewiesen. Nicht alle Regierungen zahlen so gerne.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Marschall Joffre ist vor kurzem mit Gattin und Tochter und kleinem Gefolge in Tokio eingetroffen, wo er als Gast der japanischen Regierung weilt. Sein Besuch ist die Erwiderung der Visite, die der japanische Kronprinz in Paris gemacht hat. Um ein übriges zu tun, hat die französische Regierung beschlossen, den Panzerkreuzer „Montcalm", auf dem der Marschall die Ueberfahrt gemacht hat, der japanischen Regierung zum Geschenk zu machen. In besondere Unkosten hat sie sich dabei nicht gestürzt, denn die „Montcalm" sieht bereits auf das stattliche Alter von 22 Jahren zurück, und wenn der Kreuzer auch vor zwei Jahren ausgebessert worden ist, so dürften die Japaner an dem alten Kasten doch kaum viel Freude haben.

dv. Die Theater-Katastrophe von Washington. Die Zahl der Opfer hat schon 120 überschritten. Die Bergungsarbeiten nehmen ihren Fortgang. Der Orchesterleiter, ein Italiener, ist auf der Stelle tot geblieben. Kein Musiker ist unverletzt geblieben. Mehr als die Hälfte des Orchesters ist tot. Herzzerreißende Szenen haben sich bei der Bergung der Verletzten abgespielt. Ein Jüngling, der schwer verletzt, noch lebend aufgefunden wurde, weigerte sich, sich aus dem Menschenhaufen ziehen zu lassen, wenn nicht vorher seine Verlobte gerettet würde. Von dieser, die tot, ragte jedoch nur noch ein Arm aus dem Durcheinander der Körper und Glieder hervor. Zwei Geschwister, Knabe und Mädchen, von etwa acht Jahren wurden unverletzt, zusammengekrümmt unter zwei Sesseln gefunden, nur ihre Hände waren gefroren. Ihre Eltern sind tot. Von einer vielköpfigen Familie ist nur ein elfjähriger Junge übriggeblieben. Ganze Reihen von Zuschauern wurden, so wie sie auf ihren Plätzen saßen, zerquetscht. Eine Sitzreihe lebte noch, als sie aufgefunden wurde, aber ein Eisenträger hatte allen die Beine zerschmettert. Die ganze Reihe wand sich im Todeskampf, keiner hat den Transport überlebt.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Nach dem Eisenbahnerstreik.

Die Krisis in der Reichsgewerkschaft.

bb. **Berlin**, 8. Febr. Die Zeit meldet: In der Reichsgewerkschaft werden nicht unwesentliche Veränderungen eintreten. Einer ihrer jetzigen Führer, der Lokomotivführer Scharfschwerdt, ist bereits aus dem Dienst entlassen. Gegen andere Mitglieder schweben Disziplinarverfahren. Auch sonst haben sich die Gegensätze in der Eisenbahnergewerkschaft derart zugespitzt, daß ein Zusammenarbeiten des bisherigen Vorstandes nicht mehr möglich ist. Selbst unter den Lokomotivführern besteht der Wunsch, eine andere Vertretung der Interessen zu schaffen. Generalversammlung und Neuwahlen dürften bevorstehen.

Vielfach verzögerte Wiederaufnahme der Arbeit.

TU. **Frankfurt** a. M., 8. Febr. Der Bahnhof Homburg wurde gewaltsam von Streikenden besetzt.

D. **Berlin**, 8. Febr. Die Nachrichten aus dem Reich sind noch immer widersprechend und zum Teil auch spärlich. Von verschiedenen Seiten wird befürchtet, daß die Reichsgewerkschaft es bei der Benachrichtigung über den Abbruch des Streiks an dem nötigen Nachdruck habe fehlen lassen, zum Teil glaubt man, daß die Streikenden sich nicht mehr an Weisungen der Reichsgewerkschaft halten werden.

w. **Berlin**, 8. Febr. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Berlin wurde die Zeit für die Wiederaufnahme des Dienstes bis zum 9. Februar verlängert.

w. **Berlin**, 8. Febr. Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, wies die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter in der letzten Nacht ihre Ortsgruppen telegraphisch an, den Streik sofort abzubrechen und die Arbeit möglichst bald wieder aufzunehmen. An vielen Stellen sind die Beamten zum Dienst zurückgekehrt und haben den Dienst wieder aufgenommen, so daß die technische Nothilfe an mehreren Orten bereits zurückgezogen werden konnte.

w. **Berlin**, 8. Febr. Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin machte die weitere Ausgestaltung des Notbetriebes gute Fortschritte, die auf die vorzüglichen Leistungen der im Dienst verbliebenen pflichttreuen Eisenbahnbediensteten und auf die unermüdliche Mitwirkung der technischen Nothilfe zurückzuführen sind, die in gemeinsamer Zusammenarbeit mit aufopferungsvoller Hingabe unter den schwierigsten Verhältnissen die ihnen übertragenen Dienstleistungen verrichten. Die Gewaltakte der Streikposten gegen die Arbeitswilligen nehmen leider zu.

D. **Berlin**, 9. Febr. Wie wir hören, finden heute vormittag noch Besprechungen zwischen den Beauftragten der Reichsgewerkschaft und der Regierung statt, in der über die Ausführung [illegible] verhandelt werden soll. An diesen Besprechungen nehmen auch Minister Hermes und Gröner teil.

Die Disziplinarverfahren.

TU. **Karlsruhe**, 8. Febr. Heute vormittag ist hier vom Reichsverkehrsminister Gröner ein Telegramm eingelaufen, welches die Einigungserklärung im Eisenbahnerstreik enthält. Der Reichsverkehrsminister fügt folgende Erklärung hinzu:

Eingeleitete Disziplinarverfahren sind nach den gesetzlichen Bestimmungen weiter zu führen. Da die Richtlinien des Reichskabinetts über Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Beamte noch nicht aufgestellt sind, ersuche ich, bis zum Eingehen der betr. Bestimmungen von fernerer Einleitung von Disziplinarverfahren abzusehen. Ausgenommen werden nur besonders schwere Fälle von Sabotage und Gewaltakten und durch Drohungen erfolgten Behinderungen pflichttreuer Beamten an der Erfüllung ihrer Pflicht.

D. **Berlin**, 9. Febr. Wie wir zuverlässig erfahren, hat sich der Führer der Reichsgewerkschaft Scharfschwerdt gestern früh zum Dienstantritt im Reichsverkehrsministerium gemeldet; dort wurde sein Dienstantritt nicht angenommen; ihm wurde mitgeteilt, daß er sich als sofort entlassen zu betrachten habe.

Besprechungen der Reichstagsfraktionen.

TU. **Berlin**, 9. Febr. Die meisten Reichstagsfraktionen traten gestern mittag zu Sitzungen zusammen, um zu dem Eisenbahnerstreik und zu den eventuellen disziplinarischen Folgen Stellung zu nehmen.

Die Deutsche Volkspartei

verurteilt das Verhalten der Reichsregierung und wird, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, dagegen in der Plenarsitzung entschieden Stellung nehmen, sowohl aus politischen Gründen, als auch weil sie in dem

Verhalten der Reichsregierung eine grobe Verletzung des Disziplinarrechts

sieht. Sehr lebhaft ging es in der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion zu, wo die Erörterung über die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar teilweise recht stürmisch verlief. Auch in den Kreisen des Zentrums ist man, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." hört, ebenfalls mit dem Verhalten der Reichsregierung im Streik nicht ganz einverstanden.

Stimmen zu den grundsätzlichen Fragen.

bb. **Berlin**, 8. Febr. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erwidert auf das Urteil der „Roten Fahne", daß, wenn der Streik auf nichts weiter hinaus laufe, als auf ein Kompromiß, dann dem Konflikt weitere von noch viel gewaltigerem Ausmaß folgen müßten. Das trifft zweifellos zu. Bei dem Eisenbahnerstreik handelt es sich um mehr als die Frage, ob eine bestimmte Berufsgruppe die Forderungen durchsetze oder nicht. Es handelt sich darum, festzustellen, ob

der Staat seine Autorität gegenüber dem Beamtentum

zu wahren vermochte oder ob er ein Spielball der Beamtenwillkür werden soll. Mag man seitens der Streikleitung die Sache drehen wie man will, einen

positiven Erfolg des Streiks wird man nicht konstruieren können.

Die Bereitwilligkeit der Streikführer erfolgte eben aus der Erkenntnis, daß auf einen Erfolg nicht mehr zu rechnen sei.

Die „Vossische Zeitung" schreibt in einem Artikel „Nach dem Beamtenstreik":

Die Milde,

zu der man sich diesmal entschloß, der nach diesem ersten Beamtenstreik auch die Allgemeinheit zustimmen kann, wäre bei Wiederholung des Streikversuches auch für die Verführten nicht mehr möglich. Sie darf auch jetzt unter keinen Umständen denen zugute kommen, die den Streik angezettelt und geschürt haben, sowie denen, die bei seiner Ausführung besondere Brutalität und außerordentliche Rücksichtslosigkeit gegen das Wohl ihrer Mitmenschen bewiesen haben.

Das „Tageblatt" führt unter dem Titel:

„Gesetzgeberische Notwendigkeiten"

aus: Wir brauchen schleunigst eine Novelle zum Beamtengesetz, das die Streikfrage ein für allemal regelt, sodaß Verhandlungen der Regierung mit den Ausständigen über Prinzipienfragen ausgeschaltet werden. Der Beamte, der in den Streik tritt, weiß, was seiner harrt. Mit einem theoretischen Streikverbot ist es nicht getan. Es muß ausgesprochen werden, daß ein streikender Beamter von sich aus das Vertragsverhältnis mit dem Staate bricht und ihm demgemäß alle Beamteneigenschaften, wie lebenslängliche Anstellung, Pension automatisch abzusprechen sind.

Der Streik in den Berliner Betrieben.

Eine Mehrheit für Fortsetzung.

w. **Berlin**, 8. Febr. Bis heute nachmittag 1 Uhr lag das Ergebnis der Urabstimmungen in den städtischen Betrieben zu etwa 85 Prozent vor. Davon erklärten sich Zweidrittel der Abstimmungsberechtigten für den Streik und gegen den Schiedsspruch vom 2. Februar. Die restlichen 15 Prozent können an dem Endergebnis nichts mehr ändern.

Der Magistrat bleibt fest.

w. **Berlin**, 8. Febr. Im Anschluß an das Abstimmungsergebnis in den städtischen Betrieben fand heute mittag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Magistratssitzung statt. In dieser kam allgemein zum Ausdruck, daß der Magistrat trotz des Abstimmungsergebnisses fest bleiben wird. Wie wir weiter erfahren, finden dauernd Neueinstellungen von Arbeitern statt. Die ehem. Arbeiter, die sich im Laufe des heutigen Tages oder morgen melden, können nur eingestellt werden, soweit Plätze noch frei sind.

w. **Berlin**, 8. Febr. Heute nachmittag gegen 4 Uhr erschien die Streikleitung mit den Spitzenorganisationen der städtischen Arbeiterschaft beim Oberbürgermeister, um von ihm die Erklärung zu erhalten, daß sämtliche Entlassenen wieder einzustellen seien, sofern sie sich morgen zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Diesem Vorschlag konnte nicht entsprochen werden; der Oberbürgermeister erklärte, der Magistrat müsse dabei verharren, daß alle diejenigen entlassen seien, die am Dienstag nachmittag 2 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Wiedereingestellt können nur solche Kräfte werden, deren Posten inzwischen nicht besetzt oder für die ein Bedarf noch vorhanden ist. Der Magistrat werde im übrigen vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung solchen entlassenen Arbeitern, die zur Wiedereinstellung kommen, keine Rechte kürzen, welche sie sich in ihrem vor der Entlassung liegenden Arbeitsverhältnis erworben haben. Der Oberbürgermeister wies schließlich die Erschienenen wiederholt darauf hin, daß der Magistrat fest bei seiner bisherigen Haltung verbleiben werde. Er gab nochmals zu bedenken, daß je länger der jetzige Zustand bestehen bleibe, desto mehr sich die Zahl der Neueinstellungen erhöhe.

Streikleitung und Obleute für Wiederaufnahme der Arbeit.

w. **Berlin, 8. Febr. Um 8 Uhr wurde bekannt, daß die Streikleitung und die Obleute beschlossen haben, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.** Der Magistrat wird sich morgen in einer außerordentlichen Sitzung mit den gegebenenfalls zu treffenden Maßnahmen beschäftigen.

Die gefährdete Lebensmittelversorgung.

bb. **Berlin**, 8. Febr. Die Abendblätter melden, daß infolge des Streiks die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise, besorgniserregend steigen. Kartoffeln gibt es nicht, die Brotversorgung erscheint gefährdet. Einzelne Bäckereien schlossen bereits. Die Jagd nach Petroleum ist in vollem Gange. Die Markthallen schließen wegen Lichtmangels mittags um 1 Uhr. Dankbar empfindet man, daß

die Nothilfe

wenigstens die Wasserzufuhr ermöglichte, da zahlreiche Straßenbrunnen bereits erschöpft sind. Durch die Nothilfe konnte nunmehr auch das Elektrizitätswerk Rummelsberg die Strombelieferung des Wasserwerks Wuhlheide vornehmen, welches in Betrieb genommen wurde. Von Rummelsberg wird eine weitere Reihe elektrischer Stationen in Gang gesetzt werden. Abends werden die Hauptstraßen und Plätze Berlins nicht mehr im Dunkeln liegen.

Die Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung.

TU. **Berlin**, 9. Febr. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht neben Entgegennahme einer Regierungserklärung über den Streik ein von Unabhängigen und Kommunisten gestellter Antrag betr. sofortige Aufhebung der vom Reichspräsidetten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 1. Februar 1922. Außerdem ist die zweite Beratung des Reichsmietegesetzes vorgesehen, sowie die zweite Beratung des Abänderungsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Der Norddeutsche Lloyd.

w. **Bremen**, 8. Febr. Die außerordentliche Generalversammlung des Norddeutschen Lloyd genehmigte endgültig die Erhöhung des Aktienkapitals auf 600 Millionen Mark durch Ausgabe von 125000 auf den Inhaber lautenden 6prozentigen Vorzugsaktien über je 1000 Mark. Auf eine Anfrage aus Aktionärkreisen wurde über die Aussichten des Geschäfts mitgeteilt, daß diese im allgemeinen günstig seien. Ferner wurde ausgedrückt, daß die Verwaltung ihrerseits alles tue, um die für längere Zeit festgelegten angenehmen Beziehungen zu den United States Lines zu pflegen.

Curzon über die politischen Probleme.

w. **London**, 8. Febr. In seiner gestrigen Rede im Unterhause erklärte Lord Curzon,

das geplante Uebereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien

brächte, soweit Frankreich in Betracht komme, die Erfüllung jener nicht erfüllten moralischen Verpflichtung, die auf England seit dem Fehlschlagen des Garantievertrages ruhte, an dem Großbritannien und die Vereinigten Staaten 1919 beteiligt waren. Seiner Ansicht nach würde es ein großer Fehler sein, dieses Uebereinkommen, wie es von manchen Seiten gewünscht werde, auf ein Offensiv- und Defensivbündnis auszudehnen. Sein Bestreben sei dem Kriege sei es gewesen, aus den militärischen Bündnissen herauszukommen, wodurch Europa in bewaffnete Lager geteilt war, was den Frieden der Welt mehr bedrohte als sicherte. Ueber

die Konferenz von Genua

sagte Curzon, die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa könnten nur durch eine gemeinsame Anstrengung geändert werden. Daher sei eine Konferenz vorgeschlagen, an der alle Länder Europas teilnehmen sollten. Man könne Deutschland nicht ausschließen, und zwar wegen seiner geographischen Lage, seiner großen Hilfsquellen und der besonderen Fähigkeiten des deutschen Volkes. Man könne Rußland nicht ausschließen, weil, solange Osteuropa sich im Zusammenbruch befinde, Mitteleuropa nicht wieder hergestellt werden könne. Er hoffe, daß die Konferenz einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufbaues darstellen werde. Es könne wohl sein, daß die Konferenz für Europa Folgen zeitigen werde, die von denen der Washingtoner Konferenz in Bezug auf den Fernen Osten nicht sehr verschieden sein würden.

Amerikanische Hilfe für Oesterreich?

w. **Washington**, 8. Febr. Senator Lodge brachte im Senat eine Entschließung ein, in der vorgeschlagen wird, Oesterreich durch Ausdehnung des Zeitraumes der Rückzahlung der österreichischen Schulden an die amerikanischen Getreidekorporationen vor dem Zusammenbruch zu retten.

TU. **Hagen**, 8. Febr. Die „Hagener Zeitung" berichtet heute früh über die Schreckenstat einer Frau Skeipiels aus Haspe. **Frau Skeipiels erschlug in einem Anfall ihre Kinder im Alter von 1¼ und 4½ Jahren mit einem Hammer.** Die auf die Hilferufe der Kinder herbeieilenden Nachbarn fanden die Kinder mit eingeschlagener Schädeldecke in der Mitte des Zimmers liegen, neben ihnen mit aufgelöstem Haar, den nach bluttriefenden Hammer in der Hand, die wahnsinnige Mutter. Bei dem Versuch der Nachbarn, die sich ganz wild gebärdende Frau festzunehmen, riß sich diese los und stürzte sich in einen im Hofe befindlichen Kettenbrunnen. Während das ältere Kind seinen Verletzungen schon erlegen ist, mußten die Mutter und das schwerverletzte jüngere Kind ins Krankenhaus eingeliefert werden. An dem Aufkommen des Kindes wird gezweifelt.

w. **London**, 8. Febr. Reuter meldet aus Washington: Harding ernannte Alanson Bigelow Houghton zum Botschafter in Berlin, Albert Henry Washburn zum Gesandten in Wien und Theodore Blentan zum Gesandten in Budapest.

Amtlicher Wetterbericht.

Der auf dem Ozean erschienene Tiefdruckwirbel scheint in der Hauptsache nordostwärts abzuziehen und dürfte uns daher nicht stärker beeinflussen.

Aussichten für Donnerstag:

Vorwiegend trocken bei wechselnder Bewölkung, langsame Milderung des Frostes.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Th. Joffen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck; für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Durch die glückliche Geburt eines prächtigen

Mädchens 9120

wurden hocherfreut

Wilh. Dieckhoff und Frau
Emmy geb. Ledermann

Bochum, den 7. Februar 1922.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme anläßlich des Hinscheidens unserer lieben, unvergeßlichen Mutter

Frau Ww. Johanna Herz

sagen wir Ihnen unsern innigsten Dank

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hugo Herz.

Bochum, im Februar 1922. 9117

Stimmungen und Reparaturen
8115 von Pianos 2c. übernimmt
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraße

Stadt Bochum

Die Firma Zahnräderfabrik Alfons Jahnel in Bochum beabsichtigt, auf ihrem Grundstück Flur 3 Parzelle 425/101 in der Gemarkung Wiemelhausen eine Gießerei zu errichten. Dieses Vorhaben wird gemäß § 17 der Gewerbe-Ordnung mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich in zwei Stücken oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Die bezüglichen Beschreibungen und Zeichnungen liegen im Zimmer 16 des städt. Verwaltungsgebäudes III, Malteserstraße 14b, Eingang B, 1. Obergeschoß, zur Einsicht offen.

Zur mündlichen Verhandlung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen ist Termin auf

Mittwoch, den 1. März 1922, vorm. 11 Uhr

in Zimmer 57 des Rathausanbaues an der Mühlenstraße anberaumt.

Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden wird gleichwohl in die Erörterung der Einwendungen eingetreten. 9123

Bochum, den 6. Februar 1922.

Die Stadtpolizei-Verwaltung.

Die Firma Eisenwerk Otto Mahr G. m. b. H. in Bochum beabsichtigt, auf ihrem Fabrikgrundstück Flur 4 Parzelle 1461/31 in der Gemarkung Wiemelhausen eine Preßluftnietanlage zu errichten.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 17 der Gewerbeordnung mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich in zwei Stücken oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Die bezüglichen Beschreibungen und Zeichnungen liegen im Zimmer 16 des städt. Verwaltungsgebäudes III, Malteserstr. 14b, Eingang B, 1. Obergeschoß, zur Einsicht offen.

Zur mündlichen Verhandlung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen ist Termin auf

Mittwoch, den 1. März 1922, vorm. 11 Uhr

in Zimmer 57 des Rathaus-Anbaues an der Mühlenstraße anberaumt.

Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden wird gleichwohl in die Erörterung der Einwendungen eingetreten. 9122

Bochum, den 6. Februar 1922.

Die Stadtpolizei-Verwaltung.

Hebung der Beiträge zur Westfälischen landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft.

Auf die bevorstehende Hebung der Beiträge zur Westf. landw. Berufsgenossenschaft werden die Zahlungspflichtigen aufmerksam gemacht 9121

Bochum, den 6. Februar 1922.

Der Magistrat.

Amt Bochum Süd

Ausschreibung.

Die Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung von

ca. 2250 lfd. m Zementrohr-Kanälen

in den Gemeinden Altenbochum und Laer diesseitigen Amtes, und zwar:

Los I und II, Lieferung von Zementrohren pp.,
Los III und IV, Lieferung von Eisenausrüstungen,
Los V bis X, Ausführung von Kanalarbeiten,

sollen öffentlich vergeben werden.

Verdingungsunterlagen und Zeichnungen liegen auf dem hiesigen Amtsbauamte, Wittenerstraße Nr. 8, an den Werktagen zur Einsicht offen. Angebotsformulare können gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 7 Mk. für jedes Los von dort bezogen werden.

Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zu dem auf

Mittwoch, den 22. Febr. 1922, vorm. 11 Uhr

anberaumten Eröffnungstermine dem genannten Bauamte einzureichen. 9120

Altenbochum, den 8. Februar 1922.

Der Amtmann: Boos.

Müllers Bierstuben
am Hauptbahnhof
Das Haus der gut. Küche
Frühstücks

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg. 9069

Donnerstag, 9. Febr., 7 bis 10½ s. A. 14.
„Das Kätchen von Heilbronn"
B. V. B. I 1—6.
(In Duisburg: Tristan und Isolde.)

Freitag, 10. Febr., 7—10½
Zum ersten Male!
B. 13.
„Der Vulkan"
Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda. Spielleitung: Friedr. Benn.
(In Duisburg: Die lustigen Weiber von Windsor.)

Neues Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534

Heute und folgende Tage 8 Uhr
Ein Walzertraum
Operette in 3 Akten von Osc. Strauß.

Freitag, 10. Febr., Vormiete I, blaue Karte, gültig.

Sonntag, 12. Februar, nachm. 3½ Uhr
Ein Walzertraum
Wochentagspreise
Abends 7½ Uhr
Ein Walzertraum
Sonntagspreise. 9105

Mod. Herrenbekleidung
zu billigsten Preisen. 9124
Kortumstr. 1.



Trauringe
massiv Gold 818
jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13

Müllers Bierstuben
am Hauptbahnhof
Das Haus der gut. Küche
Abendessen
von 6 bis 11 Uhr

Ritter

Ritter-Bock

als Festbier besonders schwer eingebraut, ist zum Ausstoss gelangt.

Auch in Flaschen, brauereigefüllt, durch die Verleger zu haben.

RITTER-BOCK

ist wegen seiner starken Einbrauung gerade zur gegenwärtigen Jahreszeit als **Gesundheitsbier** zu empfehlen

---

Ich habe mich in
Weitmar, Hattingerstr. 88
(Straßenbahnhaltestelle: Kohlenstr., Garthmann)
als Zahnarzt
niedergelassen.
Dr. med. dent. W. Gamm.
Sprechstunden: vorm. von 9—12 Uhr, nachm. „ ½3—6 „ 9118

Kaufmännischer Verein e. V. Bochum.

Donnerstag, den 9. Febr. 1922, abends 8 Uhr im großen Saale des Parkhauses

Vortrag des Herrn
Karl Ettlinger, München:
(Karlchen in der Jugend) / Heiteres und Nachdenkliches aus eigenen Werken.

Karten für Nichtmitglieder zu Mark 8.— an der Abendkasse erhältlich. 9127

Gelegenheitskauf!

Vomag-Lastkraftwagen

2, 3, 4 u. 5 tons, fabrikneu u. gebraucht, vollständig neue Gummibereifung, betriebsfertig, zu günstigen Preisen sofort von unserm hies. Lager abzugeben.

Kraftwagen-Handelsgesellschaft m. b. H.
Bochum, Wittenerstr. 102
— Telefon 4020 und 3305. — 9119

Meine
HOSEN
zeichnen sich durch moderne Fassons besonders aus
Bochumer Hosenhaus
A. Kurze
Hernerstraße 6
Haltestelle Kortländer
Linie 2 und 6. Fernruf 2185. 8105

Vernickeln
8550 sämtlicher Haushaltungsgegenstände, Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u.s.w. übernimmt Vernickelungs-Anstalt
Fritz Lenz Alleestraße 10
Neben der Christuskirche
Verkupfern

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM-HERMANNSWERDER
JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM für Mädchen u. jüng. Knaben.
FRAUENSCHULE mit staatl. Berechtg.
HAUSHALTUNGSSCHULE
ERHOLUNGSHEIM
Idyllische Lage am Wald u. Wasser.

Ausbildung z. Chauffeur 8135
erfolgt für jedermann in der Bochumer **Chauffeur-Schule.** Annahme: **Hernerstr. 80.** Eintritt jederzeit

---

ff. westfälischer
Pumpernickel
Friedensqualität
Markenfrei
ganz und geschnitten
Westfalia
Feinbäckerei
Carl Hackert
Inh.: Hugo Hackert
Fernsprecher Nr. 509.
Bochum, Hellwegstr. 4

Werkstätten B. Stadler-Paderborn
Gesamt-Innenausstattung
Zimmereinrichtungen in bekannter gediegener Zweckmäßigkeit und Schönheit Zeitgemäße Bürgermöbel in besonders niedrigen Preislagen.
Verkaufsstelle und Wohnungs-Ausstellung:
Rottstraße 12 Bochum Fernruf 3980
Auf ernstliche Anfragen erfolgt gerne unverbindlicher Vertreterbesuch.

Moderner Schmuck **Homberg**

Persil gewaschen mit **Dixin**



Preis das Paket M. 4.-

Miets-Gesuche

Wohnungs-Tausch!

3-Zimmer-Wohnung in Ehrenfeld (Hugo-Schmitzstraße) geg. 4—5-Zimmerwohnung im Zentrum od. in Stadtparknähe zu tauschen gesucht.
Angebote unt. Nr. **9092** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Für ehemaligen See-Offizier (Kapitänleutnant a. D.) wird zum 1. März 1922 ein
möbliertes Zimmer
in gutem Hause gesucht.
Angebote unt. Nr. 9074 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Städt. Arbeitsamt
Bochum, Trankgasse Nr. 7
9109 Eingang E
(Scharpenseel-Brauerei)

Die männliche Abteilung
Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 118) sucht:
Schneider, Dreher.

Abteilung Gastwirtsgewerbe
(Telefon 530):
1 jüngerer Zapfer.

Die Abteilung für Lehrlinge
Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 144) sucht:
Huf- und Wagenschmiede, Messerschmied, Klempner, Küfer, Friteure, Maler und Anstreicher, Photographen, Schuhmacher, Kellner für Cafe u. Hotel, Bäcker (evgl.) u. answ. Buchdrucker, Stellmacher, Wagenlackierer, Glasschleifer.

Die weibliche Abteilung
Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 119) sucht:
Plätterinnen, Direktrice für Oberhemdennähe ei, Mädchen für landwirtsch. Haushaltungen.

Die Abteilg. f. Lehrmädchen
(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 145) sucht:
Lehrmädchen f. häusliche Berufe auf dem Lande.

Für meinen gemischten Betrieb, Bäckerei, Konditorei und Café suche ich zu Ostern einen evg. geweckten 9113
Jungen als Lehrling
Gefl. Ang. mit Abschrift d. Schulentlassungszeugn. an **C. Bolle.**
Werne, Kr. Bochum.

Doppelverdienst! Gewinnr. neue konkurrenzl. Sache. Versandstelle. Keine Lagerhaltg. Daher i. Jedermanns Kreis. Gut. mit 1.— M. Unkostenbeitrag melden Eisenvertrieb, Gandau/Elbe M. 1.

Müllers Bierstuben
am Hauptbahnhof
Das Haus der gut. Küche
Mittagtisch
12—2½ Uhr.

Zuverlässiges, prover.
Mädchen
für alle Hausarbeiten bei guter Behandlung und gutem Lohn gesucht. 9111
Frau Heinr. Grimm
Remscheid-Hasbenbach 30b

Suche für sofort ein ehrliches, nicht zu junges
Küchenmädchen,
welches kochen kann und den Haushalt selbständig zu führen versteht. Gute Zeugnisse Bedingung.
Guter Lohn und gute Behandlung, sowie dauernde Stellung zugesichert. Zweitmädchen vorhanden.
Zu erfragen: Bochum, Obere Marktstraße 31 im Geschäft. 9102

Jüngere
Verkäuferin,
17 Jahre alt, für sofort gesucht. Vorst. von ½2 bis 3 Uhr. Wittenerstraße 95.

Ein sauber., zuverlässig.
Mädchen
für alle Hausarbeit., für klein. Haush. z. 15. Febr. sucht 8944
Glückauf-Apotheke,
Wanne, Königstraße 6.

Verkäufe

Neuer Damen-Wintermantel preisw. zu verk. Altenbochum, Wittenerstr. 16 b a/l. 8922

Perser-Teppich
und Verbindungsstück von Offizier a. D. umständehalber zu verkaufen.
Off. u. Nr. **8981** an die Gesch. d. Ztg.

Eine Ladeneinrichtung
zu verkaufen.
Buchhandlung, Alleestr. 107.

Kaufgesuche

Kaufe Haus
mit Einfahrt u. Hofraum geg. hohe Anzahlung evtl. Barzahlung. Off. unt. Nr. 8899 an die Gesch. d. Ztg.

Geldmarkt

Geld strengdiskret, auch gegen ratenweise Rückzahl. Sicherheit. Ratenrückzahl. Rückp. Million, Berlin SW. 47, Lichterfelderstraße 35

Nr. 34. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 9. Februar 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet).

Bochum, 9. Febr.

Die Bereisung des Bochumer Gebiets.

Der Magistrat teilt uns mit:

Zwecks genauer Unterrichtung über die Eingemeindungswünsche der Stadt Bochum und deren Berechtigung hatte sich die vom Verbandsausschuß des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der bekanntlich vom preußischen Staatsministerium des Innern mit der Erstattung eines Gutachtens in dieser Hinsicht betraut ist, gebildete Sonderkommission, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, Landrat van Endert, Mörs, Generaldirektor Wißkott, Essen, Gutsbesitzer Brüning, Frillendorf, Polizeipräsident Stieler, Gelsenkirchen, Reichs- und Staatskommissar Mehlich, Dortmund, unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Dr. Schmidt in Anwesenheit des Herrn Verbandspräsidenten Mülhens im Bochumer Rathaus versammelt. Herr Oberbürgermeister Graff und Herr Stadtbaurat Diesenbach erläuterten zunächst an Hand reichhaltigen, eingehenden Kartenmaterials und statistischer Angaben diejenigen Gründe, die in siedlungspolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht für eine Eingemeindung der an das Stadtgebiet Bochum angrenzenden Randgemeinden sprechen. Den Leitern der beiden Landkreise Bochum und Gelsenkirchen, sowie einigen Amtmännern und Gemeindevorstehern wurde ebenfalls Gelegenheit zu eingehender Aeußerung gegeben. Zum Schluß entwickelten auch die Vertreter der in Betracht kommenden großindustriellen Werke ihre Ansicht und führten diejenigen Gründe an, die infolge der unbedingt notwendigen Erweiterung ihrer industriellen Anlagen und Schaffung des erforderlichen Wohngeländes für Beamte und Arbeiter sowie in steuerlicher und verwaltungstechnischer Hinsicht für eine mehr oder minder große Zusammenlegung der in Frage kommenden Gemeinden sprechen.

Im Anschluß daran fand eine Bereisung des Bochumer Stadtgebiets und seiner weiteren Umgebung, soweit letztere von den Eingemeindungsplänen betroffen wird, statt.

Die Fahrplanwünsche des rhein.-westf. Industriebezirks.

Der Verkehrsverband „Industriebezirk", die Vereinigung der Handelskammern, Verkehrsvereine, Landkreise, Stadtverwaltungen usw. im Bereich des Siedlungsverbandes, mit dem Sitz in Essen, hat aufgrund des Gesamtmaterials sämtlicher Bezirksverkehrsverbände (Bochum, Krefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Münster) sowie aller sonstigen, am Eisenbahn-Personenverkehr interessierten Organisationen und Behörden die Fahrplanwünsche des rheinisch-westfälischen Industriebezirks zusammengestellt. Diese Wünsche umfassen in erster Linie Verkehrsverbesserungen innerhalb des Industriegebiets, deren allmähliche Durchführung, wenigstens jedoch innerhalb drei Jahre, im Zusammenarbeiten mit den in Frage kommenden Eisenbahndirektionen erstrebt werden soll. Insgesamt sind 176 Anträge mit eingehenden Begründungen in den Verbesserungsplan aufgenommen. In Reihenfolge wurden beantragt:

I. D-Züge, und zwar Einlegung neuer, Wiedereinlegung ausgefallener und Ausbau vorhandener D-Zugpaare.

II. Eilzüge. Auch hier werden neue Züge gewünscht und Vorschläge für die Fahrplanführung gemacht. Wesentlich ist hierbei die Eilzugverbindung Köln—Bochum—Dortmund.

III. Beschleunigte Personenzüge mit 2.—4. Klasse. Hier werden Vorschläge für die Fahrplanführung Industriegebiet—Berlin (evtl. ab Köln) und Industriegebiet—Hagen—Frankfurt a. M. gemacht, die für Bochum zwei neue Zugpaare vorsieht.

IV. Personenzüge. Hier finden weitgehendste Berücksichtigung 1. die Bergisch-Märkische Linie über Mülheim (Ruhr)—Essen—Bochum H. B. 2. Die Köln-Mindener Linie über Oberhausen—Gelsenkirchen—Wanne. 3. Rheinische Linie über Mülheim (Ruhr)—Heißen—Essen-Nord—Bochum-Nord. 4. Wanne—Bochum-Nord—Hagen. 5. Essen-H. B.—Werden—Düsseldorf. 6. Kettwig—Mülheim (Ruhr)—Styrum. 7. Werden—Kupferdreh—Steele. 8. Essen—Hattingen—Hagen (Ruhrtalbahn). 9. Essen—Gelsenkirchen H. B.—Wanne. 10. Dortmund H. B.—Barop—Witten-West. 11. Dortmund-Süd—(Langendreer)—Lüttringhausen—Hagen. 12. Hörde—Schwerte. 13. Dortmund—Dülmen-Ost—Gronau. 14. Haltern—Wesel. 15. Wanne—Gelsenkirchen—Bismarck—Winterswyck. 16. Hamm—Recklinghausen—Oberhausen. 17. Emschertalbahn Dortmund—Castrop—Oberhausen. 18. Oberhausen—Hervest-Dorsten—Coesfeld—Rheine. 19. Oberhausen—Sterkrade—Wesel. 20. Oberhausen—Hamborn—Wesel.

Es führt über den Rahmen einer Zeitungsnotiz hinaus, hier alle Verbesserungsvorschläge einzeln aufzuführen. Sollte es jedoch gelingen, alle in der Aufstellung des Verkehrsverbandes niedergelegten Wünsche zu verwirklichen, so werden wir endlich die Verbindungen haben, die für die glatte Abwicklung des Verkehrs im Herzen Deutschlands und des Industriebezirks unumgänglich notwendig sind. Von den Eisenbahndirektionen aber darf erwartet werden, daß sie die Vorschläge sorgsam prüfen und recht bald an ihre Verwirklichung herangehen. ir.

Veranlagung zur Einkommensteuer für 1921.

Wie das Finanzamt Bochums mitteilt, ist mit einer Verlängerung der Frist zur Einreichung der Lohnnachweise der Arbeitgeber über den von ihren Arbeitnehmern im Jahre 1921 erzielten Verdienst nicht zu rechnen. Die Frist läuft somit am 11. Februar d. J. ab.

Vom Reichsfinanzminister wird auf eine beschleunigte Erledigung der Veranlagung für 1921 gedrängt, damit die Mißstände, wie sie durch die äußerst späte Beendigung der Veranlagung für 1920 hervorgerufen wurden, nach Möglichkeit vermieden werden.

Um den Arbeitgebern die Ausfertigung der Lohnnachweise zu erleichtern, hat das Finanzamt Bochum nur die Nachweise über diejenigen Arbeitnehmer verlangt, die während des ganzen Jahres 1921 einen Bruttoverdienst von 24 000 Mark und mehr erhalten haben, oder ihren Arbeitgeber im Laufe des Jahres 1921 wechselten. Von letzteren Arbeitnehmern sind allerdings auch dann Lohnnachweise auszustellen, wenn der Verdienst unter 24 000 Mark geblieben ist.

Die Bezeichnung Arbeitnehmer ist in weitestem Sinne auszulegen, es sind hierunter also auch alle privaten, kaufmännischen, technischen, behördlichen und sonstigen Angestellten, alle privaten, öffentlichen und sonstigen Beamten aller Dienstgrade, kurzweg alle Personen zu verstehen, die in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis während des Jahres zu dem Arbeitgeber gestanden haben.

Als Verdienst sind an den Lohnnachweisen sämtliche Bezüge anzusehen, die dem Empfänger 1921 mit Rücksicht auf ein Dienstverhältnis gezahlt oder gutgeschrieben worden sind, einerlei unter welcher besonderen Bezeichnung die Zahlung oder Gutschrift erfolgt ist. Auf die öffentliche Aufforderung des Finanzamtes im Märkischen Sprecher vom 18. Januar 1922 wird nochmals aufmerksam gemacht.

Zur „Millionenorganisation" der Kriegsbeschädigten.

Von der Landesgeschäftsstelle, Bochum, Wörthstraße 2, des Zentralverbandes wird uns geschrieben:

Der größte Teil der deutschen Presse brachte in diesen Tagen eine Notiz über die Verschmelzung in der Kriegsopferbewegung, die geeignet ist, die Oeffentlichkeit irre zu führen. Gegenüber der irreführenden Notiz sei folgendes festgestellt:

Bei der Verschmelzung des Reichsbundes und der Reste der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen des Einheitsverbandes handelt es sich nicht um eine Verschmelzung der größten Kriegsopferorganisationen Deutschlands. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NO 18, Gr. Frankfurterstraße 53, nächst dem Reichsbund die größte Kriegsopferorganisation Deutschlands, ist an dieser Verschmelzung nicht beteiligt und wird auch mit dem Reichsbund keine Verschmelzung eingehen, da dieser nach der einmütigen Ansicht der Mitglieder des Zentralverbandes keine genügende Garantie für parteipolitische und religiöse Neutralität bietet. Von einer Millionenorganisation der Kriegsbeschädigten kann unter diesen Umständen keine Rede sein, da dem Reichsbunde sehr viele Kriegsteilnehmer angehören. Nach unseren Erkundigungen hat der „Einheitsverband" nicht sehr viele Mitglieder, da infolge der Verschmelzung mit dem Reichsband zahlreiche Ortsgruppen und ganze Kreisverbände vom Einheitsverband zum Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener übergetreten sind. So zählt der Reichsband auch nach Aufnahme der Reste des Einheitsverbandes nur einen Bruchteil der überhaupt organisierten Kriegsopfer in seinen Reihen, da mindestens 7—800 000 Kriegsopfer anderen Organisationen, dem Zentralverbande, dem Internationalen Bunde, dem Kyffhäuserbunde, dem Deutschen Offiziersbund, dem Bund erblindeter Krieger und unseren kleinen Organisationen angehören und einer Verschmelzung mit dem Reichsbund grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen.

Kirchliche Umschau.

Von unserem kirchlichen Mitarbeiter.

Am 23. Januar fand endlich die erste Lesung des

Reichsschulgesetzentwurfes

statt. Dieser Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung wurde von dem Staatssekretär Schulz, welcher die Aussprache einleitete, als loyale Durchführung des Weimarer Schulkompromisses bezeichnet. Die von ihm erwartete stürmische parlamentarische Verhandlung ergab sich nicht, weil die schwebenden hochpolitischen Fragen das Interesse ablenkten. Die Sozialdemokraten betonten ihre Bedenken gegen den Entwurf, weil er einen viel zu weiten Spielraum gewähre. Das Zentrum trat mit Entschiedenheit für die konfessionelle Schule ein. Die Deutschnationalen bekannten sich geschlossen zum Grundsatz der christlichen Schule. Ihr Redner Dr. Mumm wies darauf hin, daß heute schon 50 000 Lehrer und Lehrerinnen den christlich-nationalen Lehrerverbänden angehören und in Hannover sich 93 Prozent der Lehrer für Beibehaltung, aber nur 2,2 Prozent für Abschaffung des Religionsunterrichts ausgesprochen haben. Der Abgeordnete

Dr. Runkel

von der Deutschen Volkspartei trat für die christliche Schule ein und betonte die große Gefahr der Zersplitterung unseres Schulwesens, welche in der Zulassung der Weltanschauungsschulen liegt. So wie der Entwurf vorliegt, stellt er **als Normalschule die Gemeinschaftsschule** fest, in welcher der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, aber in keiner Beziehung zu den anderen Fächern steht. Daneben läßt der Entwurf Bekenntnisschulen zu und bekenntnisfreie Schulen, in denen Religionsunterricht nicht erteilt wird. Innerhalb einer Gemeinde sollen zur Stellung eines Antrages auf Einrichtung von Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreien Schulen die Erziehungsberechtigten befugt sein. So wird durch den vorliegenden Entwurf denjenigen Kreisen unseres Volkes, welche die weltliche Schule wünschen, die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Forderung gegeben. Ebenso werden diejenigen, welche zwar den Religionsunterricht erhalten haben wollen, ihn aber als beherrschenden Erziehungsfaktor ablehnen, in die Lage versetzt, ihre Kinder den sogenannten Gemeinschaftsschulen anvertrauen zu können. **Eine solche Zerreißung unseres Schulwesens kann von niemand mehr bedauert werden, als von dem, der auf christlichem und nationalem Boden steht. Aber z. Zt. ist eine solche Regelung, welche verschiedene Schularten vorsieht, der einzige Ausweg. Den Linksparteien geht der Entwurf viel zu weit, da sie die weltliche Schule als Zwangsschule dem ganzen Volke aufpressen möchten. Es bedarf daher aller Aufmerksamkeit des christlichen Volksteils, damit der christlichen Schule die Freiheit der Bewegung erhalten bleibt.**

Zu ernsten Schulkämpfen wird es zweifellos in

Thüringen

kommen, wo der unabhängig-sozialistische Minister Greil die Einführung eines lebenskundlichen Unterrichts als Ersatz für den Religionsunterricht erstrebt. Der Vorstand des Thüringer Lehrerbundes hat zu dieser Absicht Stellung genommen in Sätzen, worin er seinen Einfluß dahin geltend zu machen verspricht, daß der Unterricht auch die nötigen und geeigneten Lehrkräfte findet, aber auch fordert, daß ihnen nicht eine feindliche und absprechende Haltung gegenüber anderen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften zugemutet und ihnen wenigstens dasjenige Maß von Vollmacht zugebilligt werde, das die evangelische Kirche in Thüringen den Religionslehrern zugestanden habe.

Die

Verfassung für die sächsische Landeskirche

steht vor ihrer Verabschiedung. Bei der ersten Beratung im Oktober vorigen Jahres begegnete der Entwurf in der Synode wie in der kirchlichen Presse ernsten Bedenken und z. T. lebhaftem Widerspruch, weil er die Bedeutung des zum Träger des Kirchenregiments erhobenen Landeskonsistoriums außerordentlich vermehrte. Nun hat der Verfassungsausschuß neben die oberste Kirchenbehörde, die als Landeskirchenamt bezeichnet wird, den Landeskirchenausschuß als kirchenregimentliches und repräsentatives Organ gesetzt. An seiner Spitze steht der erste Geistliche des Landes, mit der Amtsbezeichnung Landesbischof. Dieser ist nicht im katholischen Sinne Träger der Kirchengewalt; seine Befugnisse sind vielmehr eng auf das Gebiet der geistlichen Führung beschränkt. Er ist Mitglied des Landeskirchenamtes, das unter der Leitung eines rechtskundigen Präsidenten steht, doch untersteht der Bischof nicht der Dienstaufsicht des Präsidenten. Der Präsident und der Bischof werden von der Synode und dem Landeskirchenamt im gemeinsamer Wahlhandlung auf Lebenszeit gewählt. Die gesetzgebende Gewalt steht der Landessynode zu. Während die Vorlage über den Bekenntnisstand der Landeskirche nur erklärte: „Das evangelisch-lutherische Bekenntnis bleibt unverändert, sein Inhalt ist nicht Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung", wird die Verfassung nach den Beschlüssen des Ausschusses in wörtlicher Uebereinstimmung mit dem Ordinationsgelübde der Landeskirche folgendermaßen eingeführt: „Die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens steht getreu dem Glauben der Väter auf dem Evangelium von Christus, wie es in der heiligen Schrift enthalten und in der ersten ungeänderten Augsburgischen Konfession und sodann in den übrigen Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist."

In Marburg starb am 3. Januar im Alter von 75 Jahren der Geheime Konsistorialrat Professor

D. Dr. Wilhelm Herrmann.

Geboren 1846 in Melkow, wurde er 1874 Privatdozent in Halle und 1879 ordentlicher Professor der systematischen Theologie in Marburg. Im Jahre 1917 trat er in den Ruhestand. Er hat einen außerordentlichen Einfluß auf die theologische Entwicklung ausgeübt. Die Grundlage seines religiösen Denkens war die ganz allein auf dem inneren Erleben beruhende Gewißheit und Selbständigkeit des Glaubens, die durch Dogmen ebenso wenig wie durch die Ergebnisse der historisch-kritischen Forschung in Frage gestellt werden kann, aber auch der Stütze der Philosophie oder der Apologetik nicht bedarf. Mit dieser festen Glaubensstellung verband er ein ebenso festes Eintreten für die volle Freiheit der theologischen Forschung und Lehre. Er hat keine eigentliche Schule begründet, aber befruchtend auf weiteste Kreise der protestantischen Theologie, auch des Auslandes, eingewirkt.

Deutsche Volkspartei. Freitag, 10. d. M., nachm. 5½ Uhr, findet bei Fritz Velten eine Versammlung des Verbandes der liberalen Vereine von Bochum und Umgegend statt. Herr A. Kirschner, der bekannte Schriftleiter der Zeitung „Das freie Wort", spricht über das Thema: „Die Arbeiter und die Deutsche Volkspartei". Die Mitglieder aus Stadt und Land werden gebeten, zahlreich zu erscheinen und Freunde der Partei einzuführen. (Siehe Vereinskalender der D. V. P.)

ki. **Der Tod des Postwertzeichengebers.** Anläßlich der jüngsten Portoerhöhung der Reichspost sprach man vom Tod des Familienbriefes aus. Noch etwas anderes hat sie auf dem Gewissen: den Postwertzeichengeber, mit welchem Namen die Post ihre Automaten verdeutscht hat. Infolge des immer noch herrschenden Kleingeldmangels, der fortwährenden Postgebührenänderungen und namentlich -erhöhungen werden die Geber vom Publikum immer weniger benutzt, sodaß sie zur Entlastung des Schalterdienstes nicht mehr beitragen. Sie sind deshalb bei vielen Postämtern, wohl bei den meisten, wieder eingezogen worden und harren nun besserer Tage, wo es die Post wieder als ihre Aufgabe betrachtet, den Verkehr zu heben und zu erleichtern, statt ihn durch unsinnige Tariferhöhungen zu erdrosseln.

* **Stegerwald spricht in Bochum.** Am kommenden Samstagabend wird Ministerpräsident a. D. Stegerwald in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften im Evangel. Vereinshause sprechen und das Thema: „Die gegenwärtige Lage und der Deutsche Gewerkschaftsbund" behandeln.

* **Das Ende des Streiks.** ist heute zu verzeichnen. Von heute früh an geht der gesamte Eisenbahnbetrieb in den alten Bahnen. Der gestrige Tag diente den Vorbereitungen und der Arbeitswiedereinsetzung. Hoffentlich bleibt nun die Maschine in Gang und das deutsche Volk vor einem ähnlichen Elend in Zukunft ein für alle Male bewahrt.

* **Karl Eitlinger im Kaufmännischen Verein.** Trotz Eisenbahnerstreik will „Karlchen" zu uns kommen und heute abend im Parkhaussaale einen Vortrag im Kaufmännischen Verein halten. (Siehe Anzeige.) Heiteres und Nachdenkliches aus eigenen Werken will er vorlesen — hoffentlich bringt er viel Heiteres, denn nachdenklich und bedenklich zu werden, das lehrt uns schon die trübe Gegenwart. Die heitere Seite liegt dem Redakteur der „Jugend" und dem fruchtbaren Schriftsteller ja besonders, man denke nur an seine witzigen und trotz sarkastischen Untertons doch so gemütstiefen Verslein unter dem Pseudonym „Karlchen", „Von enne alde Frankforder", „Bim", „Helios", an „Moritzchens Tagebuch", an seine „Streifzüge eines Kreuzvergnügten" usw.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einer Wohnung in der Alleestraße ein Anzug; aus einem Keller in der Clemensstraße 4½ Zentner Kartoffeln; aus einem Geschäft in der Ottostraße Lebensmittel. — Ferner sind gestohlen worden: aus einem Lokal in der Bahnhofstraße eine Tischdecke; aus der städtischen Lesehalle, Schillerstraße, ein Ueberzieher; aus der Garderobe des Operettentheaters ein Damenmantel. — Festgenommen wurden: vier Personen wegen Diebstahls und eine Person wegen Hehlerei.

Zeugin gesucht. Als wichtige Zeugin wird in einer Strafsache vom Untersuchungsrichter I in Dortmund eine Frau aus Bochum gesucht, die am Freitag, den 9. 9. 21 einen Händler, den sie vorher wahrscheinlich gelegentlich einer Eisenbahnfahrt kennen gelernt hatte, in Dortmund besuchte. Am Sonntag, 11. 9. 1921 soll diese Frau abermals verabredungsgemäß gegen 3 Uhr nachmittags in Dortmund angekommen und mit dem betr. Händler zusammen gewesen sein. — Die betr. Frau wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei hier, Hattingerstraße, Zimmer 39, während der Dienststunden zur Vernehmung einzufinden.

Große Protestversammlung des Wandergewerbes.

Bei starkem Besuch fand am Dienstag abend im großen Saale des Bochumer Hofes eine Protestversammlung der Markthändler, Hausierer, Schausteller, Wirte und Kleingewerbetreibender statt. Sie nahm Stellung gegen die ungeheure steuerliche Belastung des Gewerbes, gegen die Verordnung des Oberpräsidenten von Westfalen betreffend Polizeistunde und gegen Einführung des Umsatzsteuerbuches. Im Namen der Ortsarbeitsgemeinschaft Bochum des Verbandes deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender, Sitz Magdeburg, begrüßte der erste Vorsitzende Handtke-Bochum die Erschienenen, worauf dann Herr Max Schulz-Hannover in ausführlicher Weise die traurige Lage der Gewerbe schilderte. Gelange die schon erwähnte Belastung zur vollen Ausführung, so bedeute dies die Erdrosselung des gesamten Gewerbes. Nach im Jahre 1920 erfolgten Statistiken betrug die Zahl der Gewerbetreibenden im Deutschen Reich 400 000. Die steuerliche Belastung erreichte 1920 eine Höhe von über 9 Milliarden Mark; heute wird die Summe 2—3000 Prozent höher. Besondere Ausführungsbestimmungen sind zum Gesetze erlassen, werden aber nicht in Anwendung gebracht. Ursprünglich habe der preußische Finanzminister die vom Verband vorgeschlagenen Steuersätze als Grundsätze angenommen; das Abgeordnetenhaus sei aber weit darüber hinausgegangen. Um die Härten in der Wandergewerbesteuer zu mildern, habe man den Regierungspräsidenten von Arnsberg bereits mehrere Male um Verhandlungen ersucht. Das Umsatzsteuerheft ist undurchführbar. Die Praxis habe erwiesen, daß es unmöglich ist, diese Bestimmungen auszuführen. Die Polizeistunde nach den Anweisungen innezuhalten, wie solche gegeben, hieße das Geschäft an den Nagel hängen. Wird darauf bestanden, diese Gesetze auszuführen, so hört der ambulante Handel auf und ½ Million Menschen sind arbeitslos und würden dem Staate weitere 35—40 Milliarden kosten.

Im Anschluß wurden einstimmig die folgenden drei Entschließungen gefaßt:

I.

„Die heute im Hotel Bochumer Hof in Bochum tagende Protestversammlung der ambulanten Gewerbetreibenden sowie der Wirtevereinigung von Bochum und Umgebung erhebt entschiedenen Protest gegen die Art und Weise, wie die Einschätzung zur Wandergewerbesteuer erfolgt. Soweit sich bisher übersehen läßt, hat die Regierung in keiner Weise den in § 9 der Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanzministers vom 25. Nov. 1921 festgelegten Richtlinien, wonach die Steuerfestsetzung erfolgen soll nach Art und Umfang des Geschäfts und nach dem Wert der Waren, Rechnung getragen. Die Versammlung stellt die Forderung auf, daß die Nachprüfung der Reklamationen beschleunigt wird und daß die Regierung die maßgebenden Organisationen beratend hört. Seitens der Versammlung wird der Gauleiter Gau Rheinland-Westf. V. d. H. u. r. G., Herr Heinr. Suthor, Düsseldorf, Kaiser Wilhelmstraße 43, beauftragt, die Interessen der ambulanten Gewerbetreibenden zu vertreten."

II.

„Die Protestversammlung der ambulanten Gewerbetreibenden, Schausteller sowie der Wirtevereinigung von Bochum und Umgebung erhebt entschiedenen Einspruch gegen die durch Erlaß des Herrn Finanzministers vom 25. Okt. 1921 bestimmten Einführung der Umsatzsteuerbücher für das gesamte ambulante Gewerbe. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Verordnung einen Bruch der Reichsverfassung darstellt, welche allen Staatsbürgern die gleichen wirtschaftlichen wie politischen Rechte garantiert. Durch die angezogene Verordnung wird der gesamte ambulante Gewerbestand unter Polizeiaufsicht und somit auf die gleiche Stufe mit Dirnen, Zuhältern und Zuchthäuslern gestellt. Gegen eine derartige Zumutung erhebt die Versammlung energischsten Protest, da außerdem die wenigen Wochen seit der Einführung des Umsatzsteuerheftes bereits erkennen lassen, daß eine strikte Durchführung und Innehaltung dieses Erlasses praktisch unmöglich ist, und unbedingt den wirtschaftlichen Ruin des größeren Teiles obiger Gewerbetreibender nach sich ziehen muß, erwartet die Versammlung von dem Herrn Finanzminister die Nachprüfung der Verordnung unter Hinzuziehung der berufenen Organisationen als Sachverständige. Alle Anwesenden erkennen voll die Notwendigkeit der Erfassung und Heranziehung des gesamten Umsatzes zur Steuer zu Gunsten des Reiches, protestieren jedoch gegen eine derartige willkürliche Vergewaltigung eines ganzen Berufsstandes."

III.

„Die Protestversammlung der ambulanten Gewerbetreibenden, Schausteller und der Wirtevereinigung von Bochum und Umgebung erhebt energischen Protest gegen die Verordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen betreffs Neufestsetzung der Polizeistunde, da eine derartige Beschränkung des Gewerbebetriebes ungeheure wirtschaftliche Schäden, für die Schausteller jedoch die vollständige Unmöglichkeit zur Weiterführung ihrer

Betriebe, also buchstäblich die wirtschaftliche Erdrosselung bedeuten würde. Die Versammlung ist erstaunt, daß überhaupt eine Regierungsstelle eine derart schädigende Verordnung veröffentlichen kann, und ist einstimmig der Ansicht, das derartiges nicht vorkommen könnte, wenn die Organisationen der beteiligten Berufskreise, wie solches durch die Reichsverfassung garantiert und in mehrfachen Erlassen der Zentralregierung in Berlin bestimmt ist, vor Erlaß dieser Verordnung gehört wären."

Aus der Debatte ließ sich entnehmen, daß die Polizei zum Gesetz sich den hiesigen Verhältnissen anzupassen gedenkt und vorläufig in ihren alten Bahnen weiter ortsübliche Bestimmungen beibehalten wird. In einem mahnenden Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden auf, sich fester zu organisieren und dafür den Bruderkampf auszuschalten.

Aus dem Landkreise Bochum.

ab. **Querenburg**, 8. Febr. Gemeinderatssitzung. Zunächst wurden allgemeine Bausachen beraten. An der Ecke der Lenners- und Wilhelmstraße, dem Eingange zur neuerrichteten Bergmannssiedlung, soll eine öffentliche Grünanlage geschaffen werden. Die Kosten hierzu wurden bewilligt. Die schmucken Siedlungsbauten gleich vor dem Kalwesberg werden in nächster Zeit bewohnt werden. Das Projekt eines Doppelwohn- und Geschäftshauses an der Lennersstraße wurde genehmigt. Der Wiederaufbau des abgebrannten Knippschildschen Hauses soll sofort vorgenommen werden. Gemeindevertretung nimmt Kenntnis von dem Projekte einer Siedlung auf Langendreer-Querenburger Gebiet. Nachdem die Wasserentziehung der Brunnen auf dem Kalwes immer schlimmere Formen annimmt, soll gemeinschaftlich mit den Anliegern das Erforderliche, evtl. im Klagewege gegen die Zechen, veranlaßt werden. Veranlaßt durch die verschiedenen Pressenotizen über die schlechte Beschaffenheit des Fußweges durch das Lottental beschäftigte sich Gemeindevertretung auch mit dieser Angelegenheit. Es wurde dabei klargestellt, daß der Fußpfad durch das Lottental keinerlei Merkmale eines Interessentenweges trägt. Das Lottental dient seit langen Jahren der Abführung der Abwässer der Zeche Julius Philipp. Die Zeche zahlt hierfür den Anliegern eine Erinnerungsgebühr. Im Laufe der Jahre hat sich dann nach und nach neben dem Wasserlaufe ein Fußpfad gebildet, der wegen der idyllischen Lage des Lottentales von Ausflüglern viel begangen wird. Aus diesem Grunde auch will die Gemeinde zur Instandsetzung des Weges beitragen. Die daselbst neuerdings in Betrieb gesetzte Zeche Klosterbusch soll ebenfalls wegen Instandsetzung des Weges an ihrem Teile ersucht werden. Vertretung nahm ferner zustimmend Kenntnis von den Verhandlungen der Gemeinde mit der Bergmannssiedlung wegen Lieferung von Bruchsteinen. Bei der großen Knappheit an Bausteinen will die Gemeinde durch Lieferung von guten Bruchsteinen aus dem Kalwes helfen, damit der Wohnungsbau im Frühjahr möglichst ungehemmt durchgeführt werden kann zur Linderung der Wohnungsnot. Sodann wurde der Schulhaushaltsplan für das Jahr 1922 auf 200 000 Mark festgesetzt und der Erlaß einer neuen Vergnügungsordnung gemäß den neuen gesetzlichen Bestimmungen beschlossen. Gemeindevertretung erklärte sich mit dem Beschlusse der Gemeinde-Vertretung von Laer über die anderweitige Zusammensetzung des Schulvorstandes der Mittelschule Laer-Querenburg einverstanden und wählte neben dem Gemeindevorsteher Herrn Wellhardt als Mitglied des Kuratoriums. In den ständigen Rechnungs-Prüfungsausschuß wurden die Herren Beckmann und Kamplade gewählt. Das Gastschulgeld wird auf 100 Mk. je Kind festgesetzt.

ae. **Harpen**, 8. Febr. Ausländer-Legitimation. Die im Amtsbezirk Harpen arbeitenden Ausländer werden darauf hingewiesen, daß sie Antrag auf Legitimierung bis zum 10. d. M. bei ihrem Arbeitgeber stellen müssen. Die Anträge müssen seitens der Arbeitgeber bis zum 15. Febr. bei der Polizeibehörde des Arbeitsortes eingereicht werden. Verspätet eingehende Legitimierungsanträge fordern eine höhere Gebühr. Als Ausländer im Sinne der Legitimierungsbestimmungen sind auch anzusehen: die aus den abgetretenen, ehemals deutschen Gebieten stammenden Personen, soweit sie dort bereits vor dem 1. Januar 1908 ansässig waren und weder durch Option noch durch Einbürgerung die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben. Den Anträgen ist ein unaufgezogenes Lichtbild beizufügen.

Aus der Nachbarschaft.

* **Eppendorf**, 8. Febr. Gestohlene Verbandsgelder. In empfindlicher Weise geschädigt wurde ein im Hause Querstraße 1 wohnender Bergmann. Er hatte 4000 Mark Verbandsgelder vereinnahmt, die er im Wohnzimmer aufbewahrte. Ein Dieb muß davon gehört haben. Dieser hob die Fensterläden aus und stieg dann durch ein geöffnetes Fenster in das Zimmer. Das Vertikow wurde erbrochen und die Geldsumme geraubt.

* **Wanne**, 8. Febr. Keine Nachsteuer. Die Gemeinden des Amtes Wanne (Wanne und Röhlinghausen) brauchen eine Nachsteuer für das Rechnungsjahr 1921 nicht zu erheben, da die im Etat vorgesehenen Mittel für die finanziellen Bedürfnisse der Gemeinden ausreichen. (Den Gemeinden ist bekanntlich die Erhebung eines fünften Steuerquartals der Ertragssteuern gestattet. Bochum und Herne haben bekanntlich gleichfalls beschlossen, kein fünftes Quartal zu erheben, während Düsseldorf bereits die Erhebung eines sechsten Quartals beantragt hat.)

ro. **Linden**, 8. Febr. Die Gemeindesteuern in der Gemeinde Linden-Dahlhausen betragen laut amtlicher Bekanntmachung im Rechnungsjahr 1921-1922 700 Prozent der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und zwar von letzterer soweit sie nicht auf Betriebe entfallen, welche der besonderen Gemeinde-Gewerbesteuer unterliegen, außerdem gelangen 700 Prozent der Betriebssteuer zur Hebung. 1720 Prozent ist die Durchschnittsbelastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. — Meisterprüfung. Die Herren Knippert, Dudbeck, Murmann und Beradelli bestanden vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer die Meisterprüfung als Maler und Anstreicher.

ro. **Witz**, 8. Febr. Die Landwirtschaftliche Schule Hattingen gründete auf Veranlassung des Direktors Hesse am 5. 3. 1921 einen Schülerverein mit 64 Mitgliedern. Diese hielt am Mittwoch 1. ds. Mts. unter dem Vorsitzenden Hansberg-Bredenscheid im Märkischen Hof zu Hattingen unter recht zahlreicher Beteiligung der Ehrenmitglieder und Mitglieder eine Versammlung ab, die sich eines schönen Verlaufs erfreute. Der Schriftführer Hoffmann-Essen gab den Geschäftsbericht. 4 Versammlungen mit Vorträgen haben stattgefunden, außerdem 2 Ausflüge Die Zahl der Mitglieder ist auf 114 gestiegen. Der Kassenführer Schulte-Stade erstattete den Kassenbericht. Der Vortrag von Höfener-Steele über den Altmeister der deutschen Landwirtschaft „Albrecht Thaer" fand dankbare Zuhörer. Den 2. Vortrag über: „Die Notwendigkeit des Beizens des Saatgetreides gegen Brand hielt ein früherer Schüler namens Trappmann aus Buchholz. Im Laufe des kommenden Sommers sollen „Beizkurse" von Direktor Hesse, dem Leiter der Anstalt, abgehalten werden.

Handel / Industrie / Verkehr

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Bei nach wie vor ruhigem Geschäft konnten sich die Preise der ausländischen Zahlungsmittel nach ihrer geringen Abschwächung im Laufe des Vormittags auch nachmittags nicht erholen. Es schlossen: Holland 7425—7475, Belgien 1615 bis 1625, Frankreich 1680—1690, London 866—869, Newyork 193—200, Schweiz 3920—3940.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Die Wagengestellung für den Abtransport der Brennstoffe stand zu Beginn der letzten Woche vollkommen unter dem Einfluß der eisenbahnseitig verhängten Ausnahmesperre für Frachtgut und Wagenladungen. Die Wagengestellung betrug am 30. Januar nur 16 057 Wagen bei einer Fehlziffer von 10 027 Wagen. Mit dem Einsetzen des Eisenbahnerstreiks am 2. Febr. hörte die regelmäßige Bedienung der Zechenanschlüsse allmählich auf. Ueber die Wirkung des Streiks, namentlich für den Kohlentransport, sind täglich Mitteilungen herausgegeben worden, sodaß sich ein Eingehen hierauf in diesem Bericht erübrigt. — Der Rheinwasserstand betrug am 4. 2. 1,76 Meter, gemessen am Cauber Pegel. Nachträglich ist infolge der Regenfälle am Ende der Woche ein wesentlicher Zuwachs zu verzeichnen gewesen. Der neuerdings eingetretene Frost wird allerdings ein abermaliges Fallen zur Folge haben. — Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen litt in zunehmendem Umfange unter den Einwirkungen des Eisenbahnerstreiks, werktäglich wurden 11 077 (20 927) To. umgeschlagen. Die Eisdecke auf den Kanälen konnte erst allmählich durchbrochen werden, sodaß sich der werktägliche Umschlag an Brennstoffen in den Zechenhäfen infolge des erschwerten Zubringens von Leermaterial auf nur 16 277 (21 424) Tonnen bezifferte. Der neuerliche Frost hat die Schwierigkeiten wieder von neuem erhöht.

Die Förderung des Ruhrbeckens im Januar 1922.

Für den Monat Januar 1922 wird die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) auf rund 8,1 Mill To. in 25¼ Arbeitstagen veranschlagt. Im Dezember 1921 war in 25¼ Arbeitstagen eine Förderung von 8,05 Mill. Tonnen und im Januar 1921 von 8,07 Mill. Tonnen in 24¼ Arbeitstagen zu verzeichnen. Die arbeitstägliche Förderung wird sich für Januar 1922 voraussichtlich auf etwa 320 700 Tonnen stellen, gegen 318 990 Tonnen im Dezember 1921 und 332 914 Tonnen im Januar 1921.

DHD. Barop er Walzwerke A.-G. In der Hauptversammlung wies der Vorsitzende, Geh. Bergrat Dr. Waldtmann, darauf hin, daß die vorige Hauptversammlung vertagt werden mußte, weil ein Aktionär, Bankier Rudorf-Berlin, im Besitze über acht Zehntel des Aktienkapitals, zwei Posten der Bilanz bemängelte und Vertagung beantragt hatte. Nach Schluß der vorigen Hauptversammlung sei schon in einer Diskussion die geforderte Aufklärung gegeben worden. Bankier Rudorf erhob darauf gegen die neue Generalversammlung Einspruch, weil ein Teil der Aktionäre durch den Verkehrsstreik verhindert sei, seine Interessen wahrzunehmen. Er führte dabei aus, daß die Hinterlegungsscheine seiner Aktien und der anderer Aktionäre nicht rechtzeitig hergelangt seien, sodaß die Aktien nicht zugelassen, daher stimmunfähig gewesen seien. Die Versammlung lehnte den Vertagungsantrag Rudorf ab, nachdem vom Vorsitzenden darauf hingewiesen worden war, daß die Aktionäre endlich Anrecht und Anspruch auf ihre Dividende geltend machen könnten. Gegen diesen Beschluß gab Bankier Rudorf wiederum Protest zu Protokoll. Zur Bilanz bemerkte er, daß ihm die frühere Aufklärung nicht genüge. Darauf erwiderte der Vorsitzende, daß die Bestände, deren Bewertung Rudorf angefochten habe, ohne Verlust verkauft worden seien, daß also eine Ueberwertung nicht stattgefunden habe. Bei dem Posten „Neubau Gas- und Maschinenzentrale" würde die Einsetzung zum Anschaffungspreis nicht rechtzeitig gewesen sein. Die Versammlung dagegen verlangte keine weiteren Aufklärungen und erledigte ohne Anfragen den Rest der Tagesordnung und damit die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. Der aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Bankier Moritz Lipp-Berlin wurde wiedergewählt.

DHD. Ausfuhrverbot für Haar- und Federwild. Mit Wirkung vom 10. Februar ab wird die Ausfuhrfreiheit für Hirsche, Hunde, Vögel und andere lebende Tiere des weiteren gestrichen auch für Rot- und Damwild, Rehwild, Hasen, Rebhühner. Auer-, Birkwild und Fasanen.

p. **Kölner Häute- und Fellbörse** vom 8. Febr. Die rege Nachfrage hält weiter an. Amtlich wurden notiert: Großviehhäute 19—27, Fresserfelle 26—32, Kalbfelle 42—52, Schaffelle 9—12 das Pfund; Ziegenfelle 131—180, Rosshäute bis 219 Ztm. 375—450, über 220 Ztm. 850—950, Fohlenfelle 100—150, Hasenfelle 36—42, Kaninchenfelle 20—30 das Stück.

p. **Kölner Lederbörse** vom 8. Febr. Bei andauernd gutem Bedarf konnten sich die Preise durchweg behaupten. Es notierten: Eichenlohgerbies rhein. Sohlenleder in Hälften 140—150, in Kernstücken 205—215, Riemenleder 240—250, Rindbox (schwarz) 42—47, farbig 52—57, Boxkalf (schwarz) 62—67, farbig 67—72 per Quadratfuß.

Berliner Börsenkurse

vom 8. Februar 1922.

	7. 2.	8. 2		7. 2.	8. 2.
Bankaktien			Elberf. Farben	570.—	584.—
Barmer Bankv.	261.—	261.—	Eschw. Bergw.	770.—	775.—
Com.u.Privatb.	202.—	212.75	Essener Steink.	1170.	1270.
Darmst. Bank	304.—	311.—	Flensb.Schiffsb	850.—	860.—
Deutsche Bank	479.50	419.—	Gasmot. Deutz	729.—	730.—
Disconto-Ges.	411.50	421.—	Gels. Bergw.	895.—	925.—
Dresdner Bank	320.—	324.—	Gels. Gußstahl	—.—	798.—
Ess.Cred.Anst.	379.—	280.—	Glas Schalke	4500.	4600.
Reichsbank	195.—	195.—	Goldschmidt	1110.	1142.
Brauereiaktien			Harp. Bergw.	1525.	1513.
Boch. Viktoria	875.—	900.—	Hasp. Eis.u.St.	—.—	—.—
Dortm. Aktien	1045.	1125.	Heckmann C.	2445.	2470.
Dortm. Union	900.—	950.—	Hirsch Kupfer	730.—	736.—
MüserLangend	—.—	—.—	Hohenlohe	875.—	865.—
Schleg.Scharp.	—.—	—.—	Howaldswerke	710.—	715.—
Schiffahrtsaktien			Höchst Farben	562.—	584.—
Hamb.Am.Pak.	407.50	414.—	Hösch Stahlw.	1140.	1200.
Nordd. Lloyd	297.—	302.—	Humb. Masch.	650.—	660.—
Industrieaktien			Ilse Bergbau	1280.	1305.
Adlerwerke	553.—	—.—	Kali Deutsche	1650.	1620.
Akkumul. Hag.	850.—	890.—	Kali Aschersl.	937.—	970.—
Allg.Elekt.Ges.	712.—	595.—	Kosmos	—.—	—.—
Anglo Guano	1325.	1348.	Köln Neuessen	1300.	1350.
Annener Guss	950.—	805.—	Königsborn	—.—	—.—
Arenberg	—.—	—.—	Küpersbusch	1230.	1400.
Bad. Anilin	624.—	618.—	Lahmeyer&Co.	458.—	400.—
Balcke Masch.	1270.	1275.	Laurahütte	—.—	1700.
Baroper Walz.	1000.	1020.	Masd. Bergw.	1370.	1390.
Bergm. Elektr.	890.—	920.—	Mannesmann	1475.	1450.
Blankenhütte	—.—	—.—	Mark Zement	1710.	1750.
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. A.-Nbg.	1072.	1200.
Boch. Gußstahl	1050.	1075.	Masch. Baum	850.—	895.—
Braunk. u. Brik.	765.—	947.—	Mülh. Bergw.	1150.	1190.
Buderus Eisen	858.—	890.—	Nation. Autom	480.—	487.—
Busch Lüdensch	940.—	941.—	Oberschl. Bed.	993.—	1010.
Caro	2510.	2550.	Orenst. Koppe	960.—	981.—
Chem. Griesh.	715.—	724.—	Phönix Bergwl	1045.	1040.
Chem. Weiler	545.—	550.—	Reisholz Papier	610.—	750.—
Chem.Ind Gels.	2425.	2430.	Rh. Braunkohle	1250.	1275.
Concord aBerg	1850.	1875.	Rh. Stahlwerke	1100.	1137.
Cons. Schalke	2290.	2290.	Riebeck Mont.	1400.	1419.
Daimler Mot.	500.—	511.—	Romb. Hütte	753.—	775.—
D.-Lux. Bergw.	874.—	895.—	Rütgerswerke	860.—	920.—
Deutsche Erdöl	1910.	1960.	Saroni Schok.	1060.	1089.
Deutsch.Masch	850.25	870.—	Siemens Halske	815.—	885.—
D. Schachtbau	1780.	1780.	Schuckert Co.	624.—	680.—
Deutsch. Waff.	1375.	1397.	Schweim.Eisen	1300.	1310.
DitmannNeuh.	3400.	3600.	Tinal. Eisen	4235.	4250.
Dürkopp	889.—	898.—	Westf. Drahtw.	561.—	565.—
Dynamit Nobel	700.—	715.—	Eis.u Drah	608.—	615.—
Eintr. Braunk.	1500.	1580.	Wicking Zem.	1098.	1100.
			Witt. Gußstahl	—.—	—.—
			Zellst. Waldhof	735.—	765.—

Aus den Provinzen.

Ein prophezeiter Eisenbahnunfall.

Fort mit den Niveaukreuzungen im Industriegebiet!

ki. Wir erhalten folgende Zuschrift, die einen an vielen Stellen des Industriegebietes vorhandenen Mißstand berührt:

Horst-Emscher, 4. Febr. Am Abend des 1. Februar geriet auf der Strecke Oberhausen-Wanne an der Straßenkreuzung Heßlerstraße in Horst-Emscher ein mit 3000 Paar Bergarbeiterschuhen schwer beladener Möbelwagen unter die Räder der Eisenbahn und wurde vollständig zermalmt. Ein gewaltiges Trümmerfeld von Wagenteilen, Kisten, Schuhfetzen bedeckte hunderte von Metern im Umkreis die Unglücksstätte. Der Möbelwagen hatte die Rampensteigung an dem Planübergang nicht restlos überwinden können und blieb in der Mitte der Geleise angelangt, stecken. Einige Minuten vergebliches Bemühen von Pferden und Fuhrmann. Unmöglich! Rat- und Hilflos steht der Schrankenwärter dabei. Schon blitzt in der Ferne ein langer Güterzug aus der Richtung Karnap auf, kommt näher und näher—. In letzter Sekunde reißt der Fuhrmann wenigstens noch seine Pferde von den Strängen und rettet, seine kostbare Fracht im Stiche lassend, sie und sich, während der Zug den Möbelwagen unter sich begräbt und dessen einzelne Teile weit mit sich fortreißt. In demselben Augenblick saust auch von der entgegengesetzten Seite noch ein Zug durch, Mann und Pferde entrinnen zum zweiten Male um Haaresbreite dem sicheren Untergange.

Das leidige Lied war's mal wieder von den gefährlichen Planübergängen, die gerade dort eine ständige, besonders große Gefahr bilden, wo zum Ueberqueren des Schienenweges noch eine Straßenansteigung überwunden werden muß. Angeblich hat die Eisenbahnverwaltung das Bestreben, diese Gefahrenpunkte zu beseitigen — eine Selbstverständlichkeit im rastlos hastenden Industriegebiet! Aber, o merkwürdig, gerade die Unglücksstelle soll zur Zeit mit den benachbarten 3—4 Straßenkreuzungen noch um Manneshöhe erhöht werden! Erfolg: Unmögliche Erhöhung der Rampensteigung, Verzehnfachung der Gefahr für Fuhrwerke, statt eines Fuhrwerksunglückes deren ein Vielfaches und schließlich Blutopfer.

Vor noch nicht 3 Wochen wurde, wie wir hören, die Eisenbahnverwaltung vor Unfällen, wie dem jetzt vorgefallenen, an Ort und Stelle dringlich gewarnt. Die Anlieger der Strecke kannten die Gefahren, sie warnten im Einvernehmen mit der Verwaltung der Gemeinde Horst-Emscher vor der geplanten Erhöhung, sie verlangten Beseitigung der Niveaukreuzungen und Errichtung eines anderen Bahndammes mit Unterführungen. Auch die Vertreter des Siedelungsverbandes schlossen sich in dem Ortstermin vor drei Wochen diesen selbstverständlichen Forderungen auf Verhinderung einer Verkehrsverschlechterung und Beseitigung der Gefahrverstärkungen an. Aber obwohl der Eisenbahnverwaltung vorgerechnet wurde, daß sie billiger mit Unterführungen davonkomme, als mit zu überwachenden Plankreuzungen, blieb sie aus vermeintlichen Finanzbedenken bei ihren Plänen.

Auch Menschenopfer sind ihr damals prophezeit worden. Muß die Warnung an die Eisenbahnverwaltung erst mit Menschenblut geschrieben werden, ehe sie ein Einsehen hat, was Niveaukreuzungen im Industriegebiet bedeuten?

* **Buer**, 8. Febr. Erschossen. Auf dem Heimweg von einer Feier der Schupo geriet der Oberwachtmeister Zapatka in der Wirtschaft Westischer Hof mit mehreren Gästen in Streit, in dessen Verlauf er plötzlich seinen Revolver zog und den etwa 25 Jahre alten Sohn des Gemüsehändlers Been erschoß. Der Täter, der vier Jahre in französischer Gefangenschaft zugebracht hat und mit einer vollständigen Zerrüttung seines Nervensystems entlassen worden war, wurde festgenommen.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel trägt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung).

Großgeschäfte und Kleinhandel.

Die Stellungnahme des Volksblattes vom 27. 1. 22 (Zweites Blatt) zu unserer Auffassung des Verhältnisses von Großgeschäft und Kleinhandel, die wir in der vorliegenden Zeitung vertreten haben, zwingt uns, nochmals auf die Angelegenheit einzugehen.

1. Das Volksblatt bestreitet, daß der Artikel eine Reklame für die Konsumgenossenschaft Wohlfahrt gewesen sei.

Unserer Ansicht nach ist die Reklame, die äußerlich sich nicht in den Formen der Reklame, sondern in Form eines Aufsatzes bewegt, die beste und wirksamste. Wir nehmen an, daß das auch dem Volksblatt bekannt ist, das sich mit dem Wesen der Reklame von Berufs wegen auseinanderzusetzen hat.

2. Das Volksblatt (die Artikel stehen nicht unter „Eingesandt") sieht den hauptsächlichsten Vorteil der Konsumgenossenschaften in der Möglichkeit eines billigen Einkaufs. Gut! Weiß man auf der Hermannshöhe nichts von der über das ganze Reich verbreiteten Einkaufsgenossenschaft der Bäckerinnungen? Und hat man unsere erste Erwiderung nur ganz flüchtig gelesen?

3. Das Volksblatt stellt fest, daß das Publikum das Brot aus modernen Backöfen bevorzugt. Wir sind nicht über die Motive des Beitritts der Konsumenten zu Konsumgenossenschaften unterrichtet. Wir vermuten aber, daß jeder Genosse vor Eintritt in den Konsumverein fragt: „Ach! Verzeihen Sie, Sie backen doch auch mit dem neusten Backofen allerneuster Konstruktion der Firma Soundso?" Für die Auswertung dieses Umstandes zu Reklamezwecken der Backofenfabrikation eröffnen sich ungeahnte Perspektiven.

4. Die Bäcker wünschen das Verbot der Nachtarbeit nicht für die anderen, sondern für sich. Sie haben vor einiger Zeit noch (Mitte Dezember 1921) sich dieserhalb an den Herrn Gewerbeinspektor gewandt. Es hat sich als richtig herausgestellt, daß das Verbot der Nachtarbeit einen ewigen Zankapfel unter den Bäckereikonkurrenten einfach aus der Welt schafft. Kollegialität ist dort am stärksten, wo am wenigsten Streitfragen herrschen.

Wir Bäckermeister sehen nun wirklich nicht ein, das wir deswegen der Sozialdemokratie dankbar sein müssen. Die Sozialdemokratie hofft und wünscht (und prophezeit deswegen!) den Untergang des Mittelstandes. Wenn die Sozialdemokratie, ohne es im Grunde gewonnen zu wollen, dem Mittelstand einmal genützt hat, so ist der Mittelstand der Sozialdemokratie ebensowenig dankbar dafür, wie ihr der Konsumverein bitterböse ist, daß sie ihm einmal geschadet hat. Einmalige Handlungen sind im politischen Leben nichts. Worauf es ankommt, sind die allgemeinen Tendenzen.

Damit wollen wir die Diskussion von unserer Seite aus schließen. Das letzte Wort hat der, der die Diskussion eröffnet hat. Mag er noch sagen, was ihm nötig scheint. Wir werden nichts mehr zur Sache zu sagen haben. Nur eins noch:

Der Weg des Mittelstandes und der Weg der Konsumgenossenschaften liegen fest. Beide müssen aus innerer Notwendigkeit heraus gegangen werden. Ob der Weg durch Morast führt oder über sichere Straße: Die Richtung, das Ziel liegt fest. Wir können nicht anders und Sie können nicht anders. Welchen Sinn hat es, sich gegenseitig die Luft zu verpesten? Wir sind Gegner. Das wissen Sie wie wir. Soll der Vertrag herrschen oder der Knüppelkommert der Verdächtigung und gegenseitigen Ehrabschneidung? Solange die Arbeit negativ gegründet ist auf Zerstörung der Arbeit des Gegners, solange ist sie selbst nicht vor Zerstörung sicher, solange ist nicht an eine normale Beziehung zwischen Gegensätzen zu denken. Erst wenn die Arbeit positiv als Verwirklichung ernsthafter Ideen geleitet wird, erst dann herrscht Friede. Deshalb und im Glauben an die wirtschaftliche Aufgabe des Mittelstandes sagten wir in unserer ersten Entgegnung: „Wir verzichten darauf, Sie zu verdächtigen und Ihre Arbeit hämisch zu zerstören. Wir verlassen uns auf uns selbst und wollen selbst arbeiten und organisieren."

Freie Bäcker- und Konditoren-Innung zu Bochum.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Donnerstag, den 9. Februar 1922.

Jugendgruppe 1. Stadtbezirk. abends 8 Uhr, bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr E. Willich-Bochum.

Jugendgruppe 5. und 6. Stadtbezirk, abends 8 Uhr, im „Bochumer Hof", Alleestr. 17, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Scharpey-Bochum.

Jugendgruppe Hamme 3, abends 8 Uhr, bei Westermann, Haldenstraße 54, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum (Ortsteil Prinz von Preußen), abends 8 Uhr, bei Wahl, Brückstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Freitag, den 10. Februar 1922.

Verband der liberalen Vereine von Bochum und Umgegend, nachmittags 5½ Uhr, bei Fritz Velten, Alleestr. 9, Verbandsversammlung. Der Schriftleiter der Zeitung „Das freie Wort", Herr A. Kirschner-Essen, spricht über das Thema: „Die Arbeiter und die Deutsche Volkspartei". Die Parteifreunde werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr bei Gilleballe, Hattingerstr. 74, Generalversammlung. Redner: Herr W. Droste.

Jugendgruppe Griesenbruch, abends 8 Uhr bei Sethe, Max- und Bessemerstraßen-Ecke, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr bei Bergmann, Riemkerstraße 8, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Scharpey-Bochum.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr F. Wienkop-Bochum.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.50 M. bei Vorauszahlung

Gewerkschaftsschule christl. nationaler Arbeitnehmer. Donnerstag, den 9. Febr., abends 8 Uhr, im Seminar an der Trankgasse der nächste Kursusabend. Referent: Redakteur Ruppert.

Gesangabteilung der christlichen Gewerkschaften. Donnerstag nachm. 5½ Uhr im Lokale Schatz, Ecke Obere Marktstr. und Schützenbahn, Generalprobe. Karten für das Stiftungsfest müssen die Vertrauensleute bis Samstag auf der Geschäftsstelle abgegeben haben.